

## Abwärtstrend bei der Personalentwicklung gestoppt

Zahlreiche Ereignisse aus dem Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes prägten auch das Jahr 2008.

Insbesondere konnten wir feststellen, dass der Abwärtstrend bei unseren aktiven Einsatzkräften gestoppt werden konnte. Dabei hoffe ich, dass dies nicht nur eine »Momentaufnahme« des abgelaufenen Jahres ist, sondern diese Entwicklung auch länger Bestand haben wird. Deshalb heisst es nach wie vor: Es ist wichtig, weitere Interessenten für die Arbeit in unserer Organisation zu werben!

Es ist allgemein bekannt, dass wir die Auswirkungen der demographischen Entwicklung verstärkt zu spüren bekommen. Deshalb muss jede verantwortungsbewusste Führungskraft an ihrem Platz für attraktive Voraussetzungen zur Weiterführung der ehrenamtlichen Arbeit arbeiten. Das gilt für Politiker ebenso wie für unsere eigene Führungsriege.

Lassen Sie mich als positives Beispiel für ein derartiges Engagement die vom Land Hessen finanzierte Initiative »Ehrenamtsberater« nennen. Dieser erfahrene Referent hat schon in zahlreichen Landkreisen den Leitfadens zur Stärkung der Freiwilligen in den Feuerwehren mit den Führungskräften und »Öffentlichkeitsarbeitern« diskutiert, neue Ideen gesammelt und vielfältige Anregungen gegeben. In Zusammenarbeit mit Unternehmensverbänden sowie den Verantwortlichen des Handwerks wollen wir und das Land Hessen verstärkt dafür werben, dass die Firmen erkennen, welchen Vorteil sie mit der Beschäftigung eines Feuerwehrangehörigen haben.

Sorge dagegen bereiten uns die landesweit immer noch abnehmenden Mitgliederzahlen in den Hessischen Jugendfeuerwehren. Auch wenn die Kinderfeuerwehren eine zusätzliche gute Ausgangsposition bieten, so befreit uns das nicht davor, weiterhin die Rahmenbedingungen zu schaffen, die für das »Gedeihen« guter Jugendfeuerwehren erforderlich sind.

Als besonders erfreuliches Resümee ist zum Jahresende festzustellen, dass die Hessische Jugendfeuerwehr ihre Krise aufgearbeitet und bewältigt hat. Auch steht ein neues und engagiertes Team an der Spitze unseres Jugendverbandes. Lassen Sie uns gemeinsam neue Wege auf sicherem Terrain gehen.

Der Landesfeuerwehrverband Hessen als Dachverband aller Berufs-, Freiwilligen und Werkfeuerwehren konnte dem Werkfeuerwehrverband Hessen kürzlich zum 50-jährigen Jubiläum gra-



tulieren. Die Feier dokumentierte auch das gelebte Miteinander unter allen Sparten des hessischen Feuerwehrwesens.

Viele Verordnungen stehen derzeit auf dem Prüfstand – sie werden oder wurden überarbeitet. Wenn wir uns allerdings den Entwurf der Brandschutzförderrichtlinie ansehen, ist zu bilanzieren: Hier stehen uns keine Verbesserungen sondern ein unübersichtliches »Sammelsurium« von neuen Normen und neuen Vorgaben ins Haus.

Auch steht aktuell die Überarbeitung des HBKG an. Wir appellieren an Politik und Verwaltung, nur die unbedingt notwendigen Passagen zu ändern und dabei den Praxisbezug nicht aus den Augen zu verlieren. In diesem Zusammenhang plädiert der Landesfeuerwehrverband für die Zusammenführung der Gefahrenabwehr – also Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst – auf der Landesebene unter dem Dach des Innenministeriums. Für diesbezügliche Veränderungen werden wir uns auch bei der neuen Landesregierung einsetzen.

Finanzielle Sorgen könnten anstehen, wenn es nach dem Willen der Föderalismuskommission II geht. Denn leider ist der Wegfall der Zweckbindung der Feuerschutzsteuer geplant. Dies wird der Landesfeuerwehrverband nicht akzeptieren und notfalls dagegen auch protestieren. Diese langjährig und bewährte Grundlage für die Finanzierung unserer Feuerwehren muss erhalten bleiben!

Wir haben viele aktive Mitstreiter, die sich auch im abgelaufenen Jahr auf vielen Ebenen engagiert haben. Ihnen allen gilt unser Dank für die Mitarbeit und Ihre Unterstützung im Dienst für die Allgemeinheit.

**Ralf Ackermann**  
Präsident

Landesfeuerwehrverband Hessen

## Inhaltsverzeichnis

Aus der Arbeit der Fachausschüsse	
Katastrophenschutz .....	2
Technik .....	2
Gesundheitswesen und Notfallstressmanagement .....	3
Vorbeugender Gefahrenschutz .....	4
Information und Kommunikation .....	5
Arbeitsgemeinschaft FF in Städten mit BF .....	6
Hauptamtliche Kräfte bei FF .....	7
Öffentlichkeitsarbeit .....	9
Brandschutzerziehung und -aufklärung .....	9
Frauen .....	10
Recht und Organisation .....	11
Hessische Jugendfeuerwehr .....	11
Neuwahl LJFW .....	12
Landesstabführer .....	13
IG Tauchen .....	14
Rettungshundewesen .....	15
Partner der Feuerwehr .....	16
Unfallversicherungs- modernisierungsgesetz .....	17
Herzlichen Glückwunsch .....	19
Gesellschaftliche Integration schon vor 60 Jahren ein Thema .....	20
Akademische Feier WFV .....	22
Qualifizierte Mannschaften für die Feuerwehr Olympiade .....	26
28. Dt. Feuerwehrtag Leipzig .....	28
digitalfunk.hessen online .....	29
Stellenausschreibung Bildungs- referent Hess. Jugendfeuerwehr .....	30
Weihnachtswunsch .....	31

## Kopieren erwünscht

Bitte machen Sie diese Informationen allen interessierten Feuerwehrangehörigen zugänglich. Bitte hängen Sie die wichtigsten Informationen außerdem am »Schwarzen Brett« aus.

## Impressum

Informationsdienst des  
Landesfeuerwehrverbandes Hessen  
Nr. 30, Dezember 2008, 15. Jg.

## Herausgeber:

Landesfeuerwehrverband Hessen e. V.  
Postfach 10 17 20, 34017 Kassel  
Telefon 05 61/78 89-63 08, Telefax- 67 35  
Redaktion: Ralf Ackermann, Günter Fenchel,  
Harald Popp, Birgit Sattler, Holger Schönfeld  
Druck: Meister Print & Media GmbH  
34123 Kassel

# Aus der Arbeit der Fachausschüsse des Landesfeuerwehrverbandes

## Fachausschuss Katastrophenschutz

### Jahresbericht 2008

Der Fachausschuss Katastrophenschutz hat in diesem Jahr dreimal getagt und sich mit der aktuellen Entwicklung im Bereich Katastrophenschutz befasst. Der Entwurf des neuen Zivilschutzgesetzes (ZSG) des Bundes wurde geprüft. Die geplante Fortsetzung der Förderung im Rahmen des erweiterten Katastrophenschutzes, mit der minimalen Ausstattung von einem Löschgruppenfahrzeug »LF 10-KatS Bund« pro Landkreis ist richtig. Die Baurichtlinie für LF 10-KatS des Bundes wurde mit den vorhandenen Fahrzeugkonzepten verglichen. Das neue Fahrzeug stellt eine sinnvolle Ergänzung der KatS-Ausstattung, auch für die allgemeine Gefahrenabwehr dar. Der Bund hat die ersten 40 Fahrzeuge ausgeschrieben. Leider werden hiervon keine Fahrzeuge nach Hessen ausgeliefert.

Eine besondere Situation stellt die Ausstattung der GABC-Züge dar. Der

LFV Hessen fordert für die alten Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeuge (DMF) einen schnellstmöglichen Ersatz. Die gute, vorhandene DMF-Ausstattung sollte erhalten bleiben und eventuell auf einen Abrollbehälter verlastet werden. Die geplante Neukonzeption des KatS-Konzeptes Hessen wurde beraten. Der Fachausschuss fordert hierbei den Erhalt der 426 Löschzüge. Allerdings sind zurzeit nur 405 KatS-Züge aufgestellt worden. Es sollte ein Ausgleich mit den Kommunen erfolgen, die bereit sind, die restlichen 21 KatS-Züge aufzustellen. Der Landesfeuerwehrverband hat die Forderung aufgestellt, jeden Löschzug zukünftig mit einem Gerätewagen-Logistik (GW-L) auszustatten. Der Ausbau sollte im Bereich LuK fortgesetzt werden und weitere GW-LuK beschafft werden. Ferner muss die Ersatzbeschaffung der ersten ELW 2 in Hessen eingeleitet werden.

Die geplante Medizinische Task Force (MTK) des Bundes wurde, aufgrund des jetzigen Planungs- und Informationsstandes, kritisch bewertet. Zahlreiche Punkte für die Umsetzung sind hier noch nicht geklärt. Vom Helferrecht – Ausbildung bis zur Führung – müssen noch Vorgaben des Bundes erfolgen. Die Dekon-MTF-Komponenten

stellt vier weitere GABC-Züge dar und ist in die Organisation der GABC-Einheiten bei Ausstattung und Ausbildung zu integrieren. Das Land Hessen plant die Ausbildung zukünftig einheitlich für alle Fachbereiche im neuen KatS-Konzept zu beschreiben. Ein erster Entwurf wurde besprochen und in vielen Detailpunkten eine Verbesserung gefordert. Das Ausbildungskonzept für die Bereiche TEL/ELW 2/LuK hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden. Eine Neuauflage der alten KatS-Dienstvorschriften ist nicht erforderlich.

Die Konzepte für den Massenanfall von Verletzten (MANV) und die Schnittstelle zum Katastrophenfall stellen ein Problem dar, das leider noch nicht gelöst ist. Das Thema steht weiter auf der Tagesordnung des Fachausschusses. An den Informationsveranstaltungen des Landes Hessen für die GABC-Zugführer und der LuK-Gruppen wurde teilgenommen. Weitere Beratungspunkte waren die Einbindung der Rettungshunde in den Katastrophenschutz und die verschiedenen Dekontaminationskonzepte. Ferner wurde das Jubiläum »50 Jahre KatS« nachbesprochen.

*Ralph Stühling  
Fachausschussvorsitzender*

## Fachausschuss Technik

Die 2. Sitzung 2008 des Fachausschusses Technik fand am 20. und 21. November in Homberg/Ohm statt.

### Einsatzfahrzeug unter 3,5 t

Nach wie vor ist der Fachausschuss Technik Hessen sowie der Fachausschuss Technik der deutschen Feuerwehren sowie der LFV, DFV sowie der AFKzV (Arbeitskreis Feuerwehr, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung) der Ansicht, dass ein Fahrzeug zur Brandbekämpfung in kleinen Gemeinden mit einer zulässigen Gesamtmasse (zGM) unter 3,5 t in Deutschland notwendig ist. Man möchte auch gegen den Widerstand einiger Mitarbeiter im zuständigen Fachnormenausschuss ein solches Fahrzeug normen lassen. Hierfür werden taktische Vorgaben erarbeitet, die allerdings von den Vorgaben bisher genormter Fahrzeuge abweichen. Hier wird man sich über

die Leistungsfähigkeit einer mitzuführenden Pumpe sowie über die Stärke der Mannschaft sorgfältig Gedanken machen müssen. Fest steht, dass ein solches Fahrzeug nicht als selbstständige Einheit alleine alarmiert werden darf, sondern immer im Verbund mit anderen Fahrzeugen zu sehen ist. Durch ein solches Fahrzeug unter 3,5 t zGM werden auch weiterhin kleine Feuerwehren, in finanziell schwachen Gemeinden, finanzierbar und somit der Erhalt solcher Feuerwehren möglich sein. Dies ist auch erklärter Wille der Politik.

### Fahrzeugnormung allgemein

Im Juli, August und Oktober des Jahres 2008 gab es Sitzungen einer »länderoffenen AFKzV Projektarbeitsgruppe« zum Thema »Soll-Ist-Abgleich Feuerwehrfahrzeugnormung«.

Hier wurde – wie bereits beschrieben – auch die Notwendigkeit eines 3,5-t-Fahrzeuges deutlich beschlossen. Darüber hinaus gibt es neue Normungsaufträge für folgende Tanklöschfahrzeuge:

TLF 10/18, TLF 20/30, bereits genormt TLF 20/40 SL

Mit diesen neuen Tanklöschfahrzeugen sollen die notwendigen Bedarfe der Feuerwehren gedeckt werden.

Das TLF 10/18 soll eine FPN 10-1000 sowie einen Löschwasserinhalt von rund 1800 l Wasser erhalten und mit Truppbesatzung besetzt werden.

Das TLF 20/30 soll eine FPN 10-2000 sowie einen Löschwasserinhalt von rund 3000 l Wasser erhalten und mit Truppbesatzung besetzt werden.

Die LF und HLF Normen sollen wieder in Einzelnormen getrennt werden.

Der GW-L 1 wird zukünftig entfallen.

## Landesbeschaffungsaktionen

Im November 2008 begannen die Auslieferungen der 23 LF 10/6 aus der Aktion in 2007. Diese Fahrzeuge wurden bereits in einer neuen Aufbau-Version des Aufbauherstellers Magirus auf einem Mercedes-Benz Atego-Fahrgestell geliefert.

Eine weitere optionale Ausschreibung für zehn Fahrzeuge ist im Geschäftsgang. Darüber hinaus befinden sich derzeit 25 TSF/W in der Ausschreibung.

Das im Jahr 2007 angekündigte Lichtmastfahrzeug ist leider noch nicht ausgeliefert, wird aber Ende 2008 erwartet.

Das StLF 10/6 soll zukünftig auf 8,4 t auflastbar werden, um mehr Gewichtsreserven zu erhalten.

Anhänger zur Absicherung von Unfallstellen im öffentlichen Verkehrsraum werden zukünftig durch das Verkehrsministerium genehmigt.

Heckwarnaneinrichtungen sind zukünftig zulässig.

## Gebäudefunkanlagen

Der FA-T der deutschen Feuerwehren hat ein »Merkblatt zu Allgemeinen Anforderungen an eine digitale Objektfunkanlage« erarbeitet und wird in Kürze veröffentlicht.

## Digitalfunk

Es wird berichtet, dass einige Bundesländer (z. B. Bayern) vorerst nur digitale Fahrzeuggeräte (MRT) be-

schafft und den Einsatzstellenfunk in 2 m analoger Technik weiterarbeitet sowie die Pager-Alarmierung bis auf weiteres im 4-m-Bereich abwickelt.

Die Stadt Wien hat sich dazu entschlossen, keinen Digitalfunk zu betreiben.

Die überwiegende Mehrheit der Länder und Kommunen bereitet sich allerdings intensiv auf den Digitalfunk vor.

## Neue Namensgebung von Feuerwehrfahrzeugen

Ein Vorschlag des zuständigen Normenausschuss zur Änderung der Systematik zur Bezeichnung von Feuerwehrfahrzeugen zeigt aus Sicht des FA-T der deutschen Feuerwehren keine signifikanten Vorteile und wird somit zurückgestellt.

## Retten von verunfallten Personen aus Kraftfahrzeugen

Der FA-T beteiligt sich, vertreten durch den Vertreter Hessens, an einer Task Force zwischen dem AFKzV, der VFDB, dem ADAC und der deutschen Automobilindustrie (VDA). Hier sollen, für alle deutschen Hersteller standardisierte, elektronische Nachschlagewerke, mit Hinweisen für das richtige Vorgehen zur Rettung aus Fahrzeugen für alle neuen Typen deutscher Hersteller (Software) erstellt und den Feuerwehren zugänglich gemacht werden. Es finden hierzu intensive Schneid-

versuche statt, die dann ausgewertet in diese Software eingearbeitet werden sollen. Auch die Verwendbarkeit der vorhandenen genormten Rettungsgeräte wird hierbei geprüft.

## Untersagungsverfügung der DGUV zu mangelhaften Feuerwehrstiefeln

Die von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) hat eine Untersagungsverfügung der Bezirksregierung Köln erneuert. Diese richtet sich gegen die Firma Hanrath Schuh-GmbH. Es handelt sich um Feuerwehrstiefel der Typen: Profi Plus, Profi, Ultra, und Spark.

Hierzu wurde durch das HMdL ein entsprechender Erlass veröffentlicht. Auszug aus dem Erlass vom 10.11.2008:

*»Ich empfehle, um kein Organisationsverschulden zu begehen, die betreffenden Stiefel umgehend gegen Feuerwehrstiefel mit gültiger Zertifizierung auszutauschen.*

*Sollte dies nicht möglich sein, weil solche erst bestellt werden müssen, halte ich es zur Sicherstellung der Gefahrenabwehr unter Berücksichtigung der denkbaren Gefährdung für vertretbar, die Stiefel der Fa. Hanrath höchstens so lange weiter zu tragen bis Ersatz geliefert worden ist.*

*Der Versicherungsschutz bleibt laut mündlicher Aussage der Unfallkasse Hessen bestehen.«*

Harald Müller  
Fachausschussvorsitzender

## Fachausschuss Gesundheitswesen und Notfallstressmanagement

In seiner Sitzung im September 2008 in Marburg hat der Fachausschuss dem Schwerpunktthema »Psychosoziale Unterstützung (PSU)« beschäftigt. Ausführlich wurde die Arbeit der Konsensus-Konferenz referiert. Diese Konferenz arbeitet seit etwa einem Jahr unter der Federführung des BBK und hat zum November 2008 Ergebnisse und Rahmenbedingungen für einheitliche Standards bzw. Leitlinien, Einbindung in die Strukturen der Gefahrenabwehr und eine freiwillige Selbstverpflichtung der beteiligten Partner festgelegt.

Auf Initiative des BMI gab es schon im Jahr 2000 einen ersten Workshop zu dem Thema »Stress im Katastrophenschutz«.

Folgende Themen wurden in dem einjährigen Prozess zwischen 2007 und 2008 angesprochen.

1. Informationsmanagement: Terminologie, Erfassung, Dokumentation und Evaluation der Einsätze im Bereich der PSU,
2. strukturelle Regelungen und Vernetzung der verschiedenen Systeme auf Landesebene bei gleichzeitiger Förderung der institutionellen Kommunikation und Zusammenarbeit,
3. Psychosoziales Krisenmanagement: Einbindung in Führungs- und Organisationsstruktur, PSNV-Führungskräfte z. B. FB PSU, EA Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV), Leiter PSU,
4. Aus-, Fort- und Weiterbildung und Berücksichtigung der gemeinsam aufgestellten Qualitätsstandards,
5. Schnittstellen und Zugehörigkeiten,
6. PSNV im Einsatzalltag.

Dabei wurde in folgenden Bereichen ein Konsens gefunden:

- Festlegung einer bundeseinheitlichen Terminologie,

- bundeseinheitliche Erfassung aller Angebote, Anbieter und Experten im Bereich der PSNV,
- Verpflichtung zur Einsatzdokumentation und -evaluation, Vorbereitung, Bereitstellung und Einsatz von PSNV Führungskräften in komplexen Schadenslagen,
- bundeseinheitliche Qualitätsmindeststandards für operative Kräfte und Führungskräfte PSNV.

Dies alles wurde in einer Dokumentation der Konsensus-Konferenz zusammengefasst, die über das BBK erhältlich ist. Für die Feuerwehr haben dort die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) und Vertreter des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) teilgenommen.

Fazit der vorgetragenen Ergebnisse der Konsensus-Konferenz im Vergleich mit dem Kriseninterventionsystems des Kreisfeuerwehrverbandes Marburg-Biedenkopf:

Einiges ist dort exemplarisch umgesetzt, anderes in Planung. Erfahrene Einsatzkräfte der Feuerwehr arbeiten dort mit anderen in den Bereichen Krisenintervention, PSNV und Betreuung von Einsatzkräften Hand in Hand



zusammen. Ebenso werden in den Grundlehrgängen junge Frauen und Männer in der Feuerwehrgrundausbildung in den Themen der Stressbelastung bei Einsätzen und deren Bewältigung geschult.

Zudem arbeiten die Verantwortlichen im Landkreis an einer guten und fundierten Ausbildung für Führungskräfte im Bereich PSNV. Es ist wichtig

und sinnvoll, dass die Feuerwehren in diesem Themengebiet als aktive Gestalter und Ideengeber auftreten und selbst in den verschiedenen Kooperationen vor Ort als Partner vorzukommen sollten.

Wünschenswert wäre auch, wenn diese Themen stärker im Lehrgangs- und Seminarprogramm der HLFS aufgenommen werden sollten.

Der Fachausschuss empfiehlt dem Präsidium des Hessischen Landesfeuerwehrverbandes dieses Thema aktiv und offensiv mit voranzutreiben und an den Rahmenbedingungen mitzuarbeiten.

Thomas Hinz  
Fachausschussvorsitzender

## Fachausschuss Vorbeugender Gefahrenschutz

### Konstruktive Zusammenarbeit – Ausbildungskonzept zur Qualifikation im Vorbeugenden Brandschutz

Seit Jahresbeginn 2008 wird kontinuierlich am Ausbildungskonzept zur Qualifikation im Vorbeugenden Brandschutz weiter gearbeitet. Die Ergebnisse aus dem Anfang des Jahres geführten Gespräch im HMdIS mit LFV und HLFS wurden vom Fachausschuss des LFV, gemeinsam mit dem Schwesternausschuss dem AK VB-G der AGBF Hessen, diskutiert und bewertet.

Nach der Sommerpause gab es grünes Licht für eine »Miniarbeitsgruppe«, die sich aus je einem Vertreter des HMdIS, HLFS, LFV-VB-G und LFV-Ausbildung zusammensetzt. Diese Gruppe beschäftigt sich intensiv mit der Feinarbeit des Ausbildungskonzeptes. Hier werden die Regeln, der Lehrplan und die Inhalte der Abschlussprüfung inhaltlich vorbereitet. Die Gruppe hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis Februar 2009 mit dieser Aufgabe fertig zu sein. Die Arbeit zwischen allen Beteiligten ist sehr konstruktiv und geht gut voran. Wir hoffen, dass die Ergebnisse zukünftig allgemein Akzeptanz finden werden.

### Stellungnahme zum Entwurf der Garagenverordnung

Zum Entwurf der Garagenverordnung hat der Fachausschuss folgende Stellungnahme abgegeben:

Aus der Einsatzerfahrung in der Vergangenheit halten wir eine Änderung des § 9 (1) für notwendig. (*Änderungsvorschläge Kursiv*)

**(1) Trennwände und Tore im Inneren von Mittel- und Großgaragen müssen aus nichtbrennbaren Baustoffen (A) bestehen.**

*Sie dürfen wirksame Löscharbeiten, die Lüftung nach § 16 und Maßnahmen zur Entrauchung nach § 17 nicht beeinträchtigen.*

Begründung:

Durch den Einbau von z. B. Garagentoren in Mittel- und Großgaragen werden die notwendigen Löschmaßnahmen stark behindert. Im Normalfall ist das Aufbrechen eines Garagentores eine Herausforderung und ist oft nur mit erheblichem technischem Aufwand möglich. Das Aufbrechen eines Garagentores im Brandfall innerhalb einer stark verrauchten Mittel- oder Großgarage ist fast unmöglich. Hier werden die Einsatzkräfte vor erhebliche Probleme gestellt, sie werden zusätzlich gefährdet und es kommt zu einer Brandausbreitung, da die Abtrennung zwischen den Abstellplätzen – wenn überhaupt vorhanden – nur aus Maschendraht besteht.

Bei einer Abtrennung durch offene Gittertore ist die Vornahme von Strahlrohren oder Löschschaum durch das Tor möglich, die Brandausbreitung kann verhindert werden.

Durch den Einbau von geschlossenen Trennwänden und Toren ist eine Querlüftung zur Belüftung und Entrauchung behindert oder nicht mehr gewährleistet.

**Zu §19 Abs. 4 Satz 1: (*Änderungsvorschläge Kursiv*)**

**In Mittel- und Großgaragen dürfen außerhalb von Kraftfahrzeugen nur Fahrzeugzubehör in unerheblichen Mengen und Fahrräder aufbewahrt werden.**

Begründung:

Um zu verhindern, dass Garagen als Ersatz für Abstellräume genutzt werden und um die Menge der abgestellten Gegenstände zu beschränken, halten wir es für sinnvoll, die Art der Gegenstände unabhängig ob brennbar oder nichtbrennbar einzuschränken. Der Begriff »Kraftfahrzeugzubehör« erscheint uns aufgrund der Nutzung einer Garage als angemessen, die Art der Gegenstände zu bezeichnen, wobei die Menge zwar unbestimmt aber gleichwohl eingeschränkt wird. Die Aufbewahrung von Fahrrädern ist ebenfalls zulässig, da diese nicht zur Brandausbreitung beitragen.

Die vorgeschlagenen Änderungen würden bei Gefahrenverhütungsschauen in Großgaragen wesentlich zur Entschärfung von immer wiederkehrenden Konflikten mit den Eigentümern von Stellplätzen beitragen. Leider ist noch nicht bekannt, ob unsere Änderungsvorschläge übernommen worden sind.

### Beteiligung der Brandschutzdienststellen gemäß § 19 Hessische Prüfberechtigten- und Prüfsachverständigenverordnung (HPPVO)

Für Hessen stehen seit Ende des Jahres 2007 aktuell 17 Prüfsachverständige für Brandschutz und die anerkannten Prüfsachverständigen aus den anderen Bundesländern zur Erstellung des Nachweises Brandschutz nach § 59 Abs. 4 zur Verfügung.

Die HPPVO beschreibt die Aufgaben der Prüfsachverständigen für Brandschutz:

#### § 19 Aufgabenerledigung

Prüfsachverständige für Brandschutz prüfen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Brandschutznachweise unter Beachtung der Leistungsfähigkeit der örtlichen Feuerwehr; sie haben zur Leistungsfähigkeit der örtlichen Feuerwehr die zuständige Brandschutzdienststelle zu beteiligen und deren Anforderungen in den Brandschutznachweisen zu würdigen. Sie überwachen die ordnungsgemäße Bauausführung hinsichtlich der von ihnen bescheinigten Brandschutznachweise.

§ 19 regelt die Aufgabenerledigung durch die Prüfsachverständigen für Brandschutz.

Abs. 1 Satz 1 erster Teilsatz sieht die Prüfung der Vollständigkeit und Richtigkeit der Brandschutznachweise – d. h. der Nachweise des vorbeugenden Brandschutzes im Sinne des § 13 HBO und damit der technischen Umsetzung des umfassenden Brandschutzkonzepts – durch Prüfsachver-

ständige für Brandschutz im Anschluss an § 59 Abs. 4 HBO vor.

Klarstellend wird hervorgehoben, dass dabei die Leistungsfähigkeit der örtlichen Feuerwehr zu beachten ist; dabei bleibt den Prüfsachverständigen überlassen, auf welche Weise sie sich die erforderlichen Informationen verschaffen.

Der zweite Teilsatz bestimmt ergänzend, dass zur Sicherstellung der Anforderungen an den abwehrenden Brandschutz die Brandschutzdienststelle zu beteiligen ist und deren Anforderungen bezüglich der Brandschutznachweise zu würdigen sind. Der Brandschutzdienststelle ist damit die Möglichkeit eingeräumt, ihre Anliegen in das Bescheinigungsverfahren einzubringen, ohne dass dadurch die Verantwortlichkeit der Prüfsachverständigen geschmälert würde; insoweit wird durch das Wort »würdigen« zum Ausdruck gebracht, dass die Anforderungen der Brandschutzdienststelle nicht lediglich unverändert übernommen werden sollen, sondern kritisch zu bewerten sind. Satz 2 schließt an § 73 Abs. 2 Satz 1 HBO an.

Der Fachausschuss kommt zu dem Ergebnis, dass die »Leistungsfähigkeit der Feuerwehr« im Sinn dieser Ver-

ordnung nicht mit einer brand-schutztechnischen Begutachtung, wie es gemäß § 61 Abs. 1 HBO im Baugenehmigungsverfahren für Sonderbauten vorgesehen ist, vergleichbar ist. Ab der Gebäudeklasse 5 wird durch den Gesetzgeber aber deutlich zum Ausdruck gebracht, dass er auf die Fachkompetenz einer Brandschutzdienststelle nicht verzichten will. Diese soll lediglich objektspezifisch prüfen, ob die »Leistungsfähigkeit für den Abwehrenden Brandschutz« (Angriffswege und Wasserversorgung) sichergestellt ist, d. h. nur folgende Punkte werden betrachtet:

- 1. Rettungsweg,
- 2. Rettungsweg,
- Aufstell- und Bewegungsflächen für die Feuerwehr,
- Löschwasserversorgung.

Die Beteiligung der Brandsschutzdienststellen für Bauvorhaben der GK 5 darf nicht als Kompensationsmöglichkeit genutzt werden, um organisatorische Mängel innerhalb der örtlichen Feuerwehr durch entsprechende Forderungen auszugleichen.

Es ist praxisnah, wenn bereits der Entwurfsverfasser zur Abfrage der Leistungsfähigkeit die örtliche Brandschutzdienststelle rechtzeitig beteiligt.

Das Beteiligungsverfahren muss mit einem Nachweis dokumentiert werden. Die Bescheinigung ist mit dem Hinweis »Keine Bedenken« oder mit »entsprechenden Anforderungen« dem Auftraggeber, entweder dem Entwurfsverfasser für den Prüfsachverständigen oder dem Prüfsachverständigen, direkt auszuhändigen.

## Brandschutz in der Landwirtschaft – Komplexe Großtierställe

Für Rinder-Großtierställe, die nicht den bauordnungsrechtlichen Vorgaben entsprechen, kann sich der FA VB-G diverse Lösungen für Abweichungen von der HBO vorstellen, die aber ihre Grenzen bei der Leistungsfähigkeit der Feuerwehr haben. Bei der Erstellung eines Brandschutzkonzeptes müssen vorrangig folgende Eckpunkte betrachtet und beachtet werden:

1. Eigentierrettung
2. Löschwasserversorgung
3. Nachbarschaft
4. Brandlasten
5. Tragkonstruktion
6. Multifunktionsnutzungen sind unzulässig (Stall und Lagerung)

Klaus Tönnies  
Fachausschussvorsitzender

## Fachausschuss Information und Kommunikation

### Drägerware.ZMS (Florix Hessen)

Nach dem Umstieg der beiden Pilotlandkreise Darmstadt-Dieburg und Main-Taunus in die Web-Lösung, konnten in den letzten Wochen die Daten der Landkreise Bergstraße, Schwalm-Eder, Odenwald und Fulda migriert werden. In diesem Jahr werden noch die Landkreise Groß-Gerau, Rheingau-Taunus, Hochtaunus und Marburg-Biedenkopf folgen.

Begleitet wird der Umstieg durch eine eintägige Schulung auf Kreisebene durch einen Mitarbeiter der Firma Dräger. Sofern der erweiterte Daten-Export von Dräger rechtzeitig vorliegt, kann nach Installation des jeweiligen Zertifikats und eines Passwortes mit den eigenen Daten auf einer Schulungs-Version geübt und in der scharfen Version gearbeitet werden. Die Kosten für die Schulung werden vom Land Hessen übernommen.

Angepasst wurde auch der Software-Pflegevertrag zwischen dem Auftraggeber (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport – HMdIS) und Auftragnehmer (Dräger). In dessen Folge sind jetzt die Verträge zwischen

Dräger und den Städten/Gemeinden abzuschließen. Mit der Anpassung gilt auch ab 2009 ein geändertes Preismodell. Unabhängig der Anzahl der Nutzer bezahlt jede Stadt/Gemeinde einen Festbetrag.

Nachstehend noch einige Hinweise:

Die Drägerware.ZMS/Florix Hessen ist eine vom Land Hessen beauftragte spezielle Anwendung zur Abdeckung der Verwaltungsaufgaben der Feuerwehren im gesamten Land Hessen. Sie ist als Web-Lösung konzipiert und kann daher sehr einfach den einzelnen Anwendern zur Verfügung gestellt werden (es ist keine Installation der Software vor Ort erforderlich). Durch die hinterlegte Datenbankstruktur sind die einzelnen Bereiche der Anwendung miteinander verknüpft. Eine hierarchisch aufgebaute Organisationsstruktur, die das tatsächliche Organigramm der Hessischen Verwaltung abbildet und mit der alle erfassten Daten verknüpft sind, gewährleistet, dass der Zugriff immer nur auf Daten des jeweils eigenen Zuständigkeitsbereiches und der »darunter« liegenden Organisationen erfolgen kann. Ein vom Land Hessen vorgegebener Weitergabe-

schlüssel schränkt den Zugriff auf Daten für übergeordnete Organisationen weiter ein.

Die Drägerware.ZMS/Florix Hessen stellt folgende Anwendungen bzw. Funktionen zur Verfügung:

### Einstellungen

In diesem sehr umfangreichen Anwendungsteil können spezifische Einstellungen für die jeweilige Organisation oder globale Einstellungen hinterlegt werden. Hier werden die Inhalte der Benutzermenüs gepflegt, sowie spezifische Abfragen und Exporte definiert. Weiterhin werden hier die Benutzer definiert und die Einstellungen für die umfangreiche Rollen- und Rechteverwaltung vorgenommen. Die hier von den einzelnen Administratoren hinterlegten Einstellungen gelten grundsätzlich immer auch nur für die Organisationsebene, der der jeweilige Administrator zugeordnet ist.

### Personen

In diesem Modul wird wie bisher das Personal verwaltet.

Neu sind die hinterlegten Lehrgänge/Seminare mit Datum sowohl an der HLFS als auch auf Kreisebene.

### Technik

Die Anwendung Technik ist in verschiedene Module untergliedert. Folgende Module werden hier zur Verfügung gestellt:

- Geräte allgemein
- Persönliche Ausrüstung
- Fahrzeuge und Funktechnik

In diesem Modul werden darüber hinaus die Bestände der am Lager befindlichen Artikel verwaltet, die Rufkombinationen der Funkmelder festgelegt, sowie Material und Geräte an Personen ausgegeben und wieder vereinnahmt.

### Einsätze

In diesem Modul werden wie bisher die Einsätze getrennt nach Brand, Hilfeleistung und Fehlalarm erfasst. Weiterhin können Dienstleistungen, Ausbildung/Übung und Brandsicherheitsdienst angelegt werden. Kurzfristig wird noch die Brandschutzerziehung folgen.

Die Auswertungen und Statistiken lassen sich sowohl auf den unteren Ebenen der Organisationsstruktur (z. B. für einzelne Feuerwehren) als auch für

das gesamte Land Hessen quasi auf Knopfdruck erstellen, da alle Daten aufgrund der Web-Architektur der Anwendung in einer zentralen Datenbank gespeichert werden.

### Florix-Datenschnittstelle FDS

Die FDS-Schnittstelle ist Bestandteil der Einsatzbearbeitung. Sie ermöglicht die direkte Datenübernahme von bereits in der Leitstelle erfassten Daten. So gelangen wesentliche Daten der Einsätze automatisiert in das System.

### Einsatzfakturierung

Mit Hilfe der Einsatzfakturierung werden komfortabel die Gebührenbescheide erstellt. Dies kann auch an einer übergeordneten Stelle erfolgen.

### Terminüberwachung

Die Drägerware.ZMS/Florix Hessen unterstützt die Anwender in Ihrer oftmals ehrenamtlich ausgeführten Arbeit. Es steht dafür eine Terminüberwachung zur Verfügung, in die die folgenden Bereiche einbezogen sind:

- Geburtstage
- Fällige Tauglichkeiten
- Fällige Fahrerlaubnisse
- Nächste Ehrungen
- Lehrgänge
- Impfungen
- Impfungen (Auffrischung)
- Ausweise
- Technikwartungen
- Auslaufende Leasingfahrzeuge
- Offene Einsätze

### Adressen

In diesem Modul werden wie bisher die Adressen verwaltet, sofern diese für die Arbeit der Feuerwehren relevant sind.

### Papierkorb

Im Papierkorb werden gelöschte Daten »aufbewahrt«. Bei entsprechender Berechtigung kann aus dem Papierkorb heraus noch die jeweilige Karteikarte gedruckt werden, die Daten wiederhergestellt werden sowie deren endgültige Löschung vorgenommen werden.

*Edgar Sensel  
Fachausschussvorsitzender*

## Arbeitsgemeinschaft der Freiwilligen Feuerwehren in Städten mit Berufsfeuerwehren AFBF

### Darmstadt

Die Situation in Darmstadt bleibt geprägt von einer äußerst angespannten Haushaltslage. Dringend notwendige Ersatzbeschaffungen müssen deshalb gestreckt oder reduziert werden. Für die Freiwilligen Feuerwehren kann dennoch Ende 2008 das erste von vier geplanten neuen LF 10/6 in Dienst gestellt werden. Es kommt als Ersatz für ein 25 Jahre altes LF 8. Mit dem Ziel eines mittelfristigen Feuerwehrentwicklungsplans fand im Juni 2008 eine Zukunftswerkstatt statt, an der Vertreter aller öffentlichen Feuerwehren, Werkfeuerwehren sowie der Politik teilnahmen. Unter Leitung eines externen Moderators beschäftigten sich Arbeitsgruppen mit den Themen Personalentwicklung, Technik, Gebäudemanagement und Feuerwehrpolitik. Als Ergebnis wurden verschiedene Arbeitskreise gegründet, die nun bis Anfang 2009 Konzepte entwickeln sollen, die danach in einen Planentwurf zusammengefasst und der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden sollen. Die erste Minifeuerwehr konnte in Darmstadt gegründet werden. Es fehlt aber noch an ausreichenden Betreuerinnen und Betreuern.

### Frankfurt (Main)

Wir freuen uns, dass nunmehr mit der letzten Gründung einer Jugendfeuerwehr in Frankfurt, alle 28 Stadtteilfeuerwehren über eine Jugendabteilung verfügen. Im Bereich der Minifeuerwehren konnte ebenfalls ein Zuwachs erzielt werden, so dass wir bereits elf Minifeuerwehren registrieren können.

Haben wir bei der Jugendfeuerwehr schon Anhänger mit speziellem Material und Gerät für deren Aufgaben, so wollen wir auch für die Minifeuerwehren einen solchen Anhänger beschaffen. Die Ausführung und Beladung wird zurzeit erarbeitet.

Die im letzten Bericht angesprochenen Maßnahmen im Bereich Sport haben gegriffen. So wurden die ersten Kameradinnen und Kameraden ausgebildet, die sich nun auch weiteren Fortbildungsmaßnahmen zuwenden, um ihre Ausbildung zum Sportübungsleiter abschließen zu können. Das hier bereits erworbene Wissen und die erlangten Fähigkeiten werden durch zusätzliche Sportangebote an die Kameradinnen und Kameraden weitergegeben. Viele Wehren haben so ihren Sportanteil erhöht und durch gezielte Maßnahmen nicht nur eine neue Tendenz zur Fit-

nesserhaltung und -steigerung angestoßen, sondern auch dem Ausdruck Spaß am Sport neuen Inhalt gegeben. Fahrradfahren, Schwimmen, Wandern, Laufen bis hin zum Rudern sind dabei nur einige Punkte.

Verfügte der KfV Frankfurt vor gut 20 Jahren noch über drei musiktreibende Abteilungen, so haben wir heute nur noch einen Spielmannszug. Versuche in den vergangenen Jahren, neue Wege mit dem Ziel der Neubildung musiktreibender Abteilungen zu gehen, waren leider erfolglos. So konzentrieren wir uns gemeinsam darauf, den letzten Spielmannszug in seiner Arbeit zu unterstützen. Die Motivation und die Leistungen im Spielmannszug sind außerordentlich hoch. Handlungsbedarf ergibt sich jedoch im Auffangen der Kosten, die durch die Beschaffung von Musikinstrumenten und Noten sowie für die Ausbildung anfallen. Aber auch hier sind wir optimistisch, die erforderlichen und richtigen Maßnahmen zu finden.

Besondere Anstrengungen und Interesse hat der KfV Frankfurt auch auf den Bereich Wettkämpfe gelegt. Der KfV intensiviert dabei die Begleitung und mögliche Unterstützung der zurzeit einzigen Wettkampfgruppe der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Frankfurt, unter anderem auch um



weitere Maßnahmen ableiten zu können. Weiterhin konnten wir im Mai in Frankfurt die Feuerwehrwettkämpfe »Traditioneller Internationaler Wettbewerb des CTIF mit Deutschland-Pokalwertung, 11. Hessischer Pokalwettbewerb sowie Wettbewerb um das Bundesleistungsabzeichen in Bronze, Silber und Gold« ausrichten. Waren wir doch der hierzu notwendigen und umfangreichen Tätigkeiten überrascht und in besonderem Maße ausgelastet, haben sich die Anstrengungen doch gelohnt. Die Freiwillige Feuerwehr Frankfurt-Griesheim, die selbst bei solchen Wettkämpfen mit einer Gruppe teilnimmt, hat sich als Ausrichter, mit Unterstützung aller Stadtteilfeuerwehren, der Berufsfeuerwehr und der Stadt Frankfurt, Lob und Dank erworben.

Das »Wassermobil« als Materialträger und Präsentationsobjekt der Frankfurter Jugendfeuerwehr wurde erst letztes Jahr nach einem Motorschaden durch die Branddirektion Frankfurt (BD) mit hohen Kosten repariert. Leider kam es in diesem Jahr zu einem erneuten Motorschaden, dessen Reparatur verständlicherweise nicht mehr durch die BD getragen werden konnte. So war es in der Hand des KfV eine Reparatur und eine damit verbundene Finanzierung sicherzustellen. Die Reparatur wurde von Mercedes durchgeführt, ein Teil der Kosten als Zuwendung ausgeschrieben. Durch die Unterstützung von weiteren Sponsoren konnten wir abschließend ohne eigene finanzielle Belastungen aus diesem Vorhaben herausgehen.

Im Rahmen des ehrenamtlichen Engagements wurden in Frankfurt Stadtteilbeauftragte gesucht, die besondere eigene Projekte in ihren Stadtteilen umsetzen wollen. Hier hatten sich auch drei Mitglieder von Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Frankfurt erfolgreich gemeldet. Bei der Suche nach Projekten und deren

Realisierung war auch der KfV um Unterstützung gebeten worden. Ein Projekt nahm die Kinderbetreuung während der Ferien auf. Gibt es deren schon viele im Angebot im Raum Frankfurt, wurden hier jedoch Kinder mit finanziell eingeschränktem Hintergrund angesprochen. Das Ferienprogramm, natürlich auch mit Aktionspunkten aus dem Bereich Feuerwehr, kam so gut an, dass weitere Projekte dieser Art geplant sind. Der Erfolg dieser Arbeit: Bis auf ein Kind trafen alle anderen in die Jugendfeuerwehr ihres Stadtteils ein.

Durch den Erfahrungs-, Informationsaustausch und die Zusammenarbeit in der AFBF konnten wir viele Anregungen für unsere Arbeit im KfV gewinnen. Hierzu zählt als jüngstes Beispiel auch die Möglichkeit der Ausrüstung der Jugendfeuerwehr mit geeignetem Schuhwerk. Da die anvisierten Stiefel jedoch keine Zulassung erhielten, wurden wir auf die Möglichkeit von Arbeitsschuhen mit hohem Schaft hingewiesen, die seitens der UKH bereits für die Nutzung bei der JF zugelassen wurden.

## Kassel

Die FF Kassel-Harleshausen bekommt ein neues MTF als Ersatzbeschaffung, bei der FF Kassel-Waldau wird ein gebrauchtes, aus Beständen der BF Kassel stammendes TLF 16/25 eingestellt. Auf beiden Wachen wurde ein Fitnessraum eingerichtet und den Kassler Feuerwehrleuten zur Verfügung gestellt (Dienstsport). Alle Löschgruppenfahrzeuge der FF Kassel wurden mit vier Funkgeräten (2 m) ausgestattet. Alle Kassler Feuerwehrleute können sich wieder kostenlos an einer Gripeschutzimpfung beteiligen. Der Versicherungsschutz für Feuerwehrleute aus Kassel wurde um den plötzlichen Herztod sowie Vorschädigungen erweitert.

## Offenbach

In Offenbach gibt es keine Veränderungen zum vorherigen Berichtszeitraum. Der Spatenstich für das Feuerwehrhaus Offenbach-Rumpenheim verschiebt sich ins Jahr 2009.

## Wiesbaden

In Wiesbaden wurden folgende neue Fahrzeuge angeschafft bzw. kamen zur Auslieferung: 2 TSF-W, 4 MTF, 1 GW-L 1 und ein umgebauter RW zum GW. In den TSF-W aus der Landesbeschaffungsaktion ist die hintere Sitzbank nicht ausreichend dimensioniert für vier Feuerwehrleute in Brandschutzkleidung. Es soll geklärt werden, ob von der Anschaffung solcher Fahrgestelle/Kabinen künftig als Erstangriffsfahrzeug abgesehen werden kann. Es wurde ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister (OB) und Feuerwehrdezenten über die Fortführung der unter seinem Amtsvorgänger begonnenen Projekte geführt. OB und Amtsleitung haben die Weiterführung zugesagt. Mehrmals pro Jahr sollen künftig Treffen mit dem OB und der Amtsleitung stattfinden. Punkte für die nächsten Treffen sind Satzungsänderungen, Minifeuerwehren, Dienst-/Schutzkleidung/Feuerschutzkleidung. Eine Jugendfeuerwehr wurde aus Mangel an Jugendlichen geschlossen, so dass nur noch 18 in Wiesbaden bestehen. Erfreulicherweise konnte dafür aber die achte Bambini-Feuerwehrgruppe im Wiesbadener Stadtteil Mainz-Kastel gegründet werden.

Der KfV und die FF WI-Nordenstadt richteten erneut den Bezirksentscheid der Hessischen Feuerwehrleistungsübungen im Regierungsbezirk Darmstadt aus.

*Gerhard Beil  
Vorsitzender der  
Arbeitsgemeinschaft*

# Fachausschuss Hauptamtliche Kräfte bei Freiwilligen Feuerwehren

## Anstellung hauptamtlicher Kräfte bei Freiwilligen Feuerwehren

In Hessen wird der flächendeckende Brandschutz hauptsächlich durch Freiwillige Feuerwehren sichergestellt, deren Personal ehrenamtlich für die Städte und Gemeinden tätig ist. Nur in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern wird diese Aufgabe einer Berufsfeuerwehr übertragen.

Gerade bei größeren Freiwilligen Feuerwehren ist dies jedoch, auf-

grund des größeren Arbeitsaufwandes, nicht immer zu leisten. Deshalb ist im Hessischen Gesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG) vorgesehen, dass die Städte und Gemeinden hauptamtliche Bedienstete einstellen können.

Erfolgt die Anstellung und Ausbildung von Einsatzkräften bei den Berufsfeuerwehren ausschließlich nach den Vorgaben des Beamtenrechts, so wird im Gesetz bei den hauptamtlichen Kräften in den Kommunen hier-

zu keine Regelung getroffen. So bleibt es den Städten und Gemeinden selbst überlassen, nach welchen Kriterien – in Bezug auf Qualifikation, Aufgabengebiet und Eingruppierung – diese Kräfte beschäftigt werden.

In Hessen sind momentan rund 350 hauptamtliche Einsatzkräfte bei den verschiedenen Kommunen nach den unterschiedlichsten Anstellungsverhältnissen beschäftigt.

## Aufgaben der hauptamtlichen Kräfte

Die Aufgaben der hauptamtlichen Kräfte sind sehr vielfältig und im Wesentlichen abhängig von der Größe

der jeweiligen Stadt oder Gemeinde. Bei größeren Städten (meist Sonderstatusstädte über 50.000 Einwohner), werden die Aufgabenbereiche ähnlich denen einer Berufsfeuerwehr, strukturiert. Die Einsatzkräfte versehen Einsatzdienst – teilweise auch im Schichtbetrieb – rund um die Uhr. In der einsatzfreien Zeit werden sonstige Arbeiten wie beispielsweise Werkstattdienst, Geräteprüfung, Verwaltungsarbeiten, Einsatzvor- und Nachbereitung, Ausbildung und Brand-schutzerziehung in einzelnen Sachgebieten wahrgenommen.

Die Aufgaben der hauptamtlichen Einsatzkräfte in den Städten und Gemeinden unter 50.000 Einwohner hingegen werden fast ausschließlich im Tagesbetrieb wahrgenommen, unterscheiden sich jedoch nicht von denen der Berufsfeuerwehren. Lediglich das Arbeitsaufkommen im Einzelnen ist geringer.

Werden von den Kräften der Berufsfeuerwehr und Sonderstatusstädten neben dem Einsatzdienst nur bestimmte Aufgaben innerhalb ihres Sachgebietes wahrgenommen, so müssen die hauptamtlichen Kräfte der kleineren Kommunen (zwischen einem bis zehn Beschäftigte) meist alle anfallenden Aufgaben beherrschen und durchführen. Das Aufgabenspektrum des Einzelnen ist deshalb sehr viel höher.

Bei den Feuerwehren in den Städten und Gemeinden zwischen 10.000 bis 50.000 Einwohnern steigt das Arbeitsaufkommen ständig weiter an. Gerade den Führungskräften und den Gerätewarten dieser Feuerwehren ist es kaum noch möglich, diese Aufgaben neben ihrem eigentlichen Beruf ehrenamtlich auszuüben. Die hauptamtlich beschäftigten Einsatzkräfte entlasten die ehrenamtlich tätigen Einsatzkräfte erheblich, insbesondere die Führungskräfte und die ehrenamtlichen Gerätewarte. Hauptsächlich jedoch tragen sie zur Stärkung der Tagesalarmstärke bei und sorgen dafür, dass beispielsweise Kleineinsätze ohne Alarmierung weiterer ehrenamtlicher Kräfte, abgearbeitet werden können.

Gerade die ständig steigende Zahl der Kleineinsätze belastet die ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen. Darüber hinaus sind steigende Lohnersatzforderungen an die Gemeinden durch die Arbeitgeber die Folge. Viele Arbeitgeber stellen jedoch ihre Mitarbeiter für Einsätze erst gar nicht mehr frei.

Bei der momentanen Entwicklung ist davon auszugehen, dass in Zukunft der Anteil der hauptamtlichen Einsatzkräfte weiter steigen wird, damit die Städte und Gemeinden überhaupt noch ihre gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben bewältigen können.

## Anstellungsverhältnis

Fast alle hauptamtlichen Kräfte bei den Sonderausstädten in Hessen sind als Feuerwehrbeamte (wie bei den Berufsfeuerwehren) beschäftigt. Bei den übrigen Kommunen sind Anstellungsverhältnisse höchst unterschiedlich. Vielfach werden diese Kräfte als »hauptamtliche Gerätewarte«, technische Angestellte, Sachbearbeiter oder unter sonstigen Bezeichnungen geführt. Aufgabenbereiche sind nicht klar definiert und die Eingruppierung ist vielfach, trotz gleicher Qualifikation und gleichen Tätigkeiten, völlig unterschiedlich.

Verschiedene Stellungnahmen von Seiten des Hessischen Städte- und Gemeindebundes sowie des Hessischen Städtetages gehen sogar soweit, dass ein Großteil, der während des Dienstes anfallenden Aufgaben, der ehrenamtlichen Tätigkeit zuzuschreiben ist. Für die Zeit eines Einsatzes werden sie rechtlich gesehen von den Dienststellen freigestellt und als Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr tätig. Führungsaufgaben, wie sie beispielsweise von Zugführern, Wehrführern oder Gemeindebrandinspektoren wahrgenommen werden, bleiben bei der Beurteilung der Tätigkeit im Zuge von Eingruppierungen, unberücksichtigt.

## Problemstellung

Diese momentan ungeklärte Situation mag für die Städte und Gemeinden zunächst aus finanzieller Sicht lukrativ erscheinen, jedoch werden in Zukunft vermehrt Probleme auf sie zukommen.

Die erste Problemstellung ergibt sich, wenn eine Einsatzkraft ihren ehrenamtlichen Dienst in der Freiwilligen Feuerwehr beendet. Ist in der Stellenbeschreibung der Einsatzdienst explizit nicht genannt, ist ein Einsatz dann aus rechtlicher Sicht zunächst nicht mehr möglich. Ebenso erfolgt dann keinerlei Ausbildung mehr, da die Einsatzkraft rechtlich gesehen keiner Feuerwehr mehr angehört. Es wäre grundsätzlich zu prüfen, ob in einer Stellenbeschreibung überhaupt der Einsatzdienst genannt werden kann, wenn in der jeweiligen Feuerwehrsatzung eine hauptamtliche Abteilung nicht vorgesehen ist und nur die Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr aufgeführt sind.

Die zweite Problemstellung stellt sich dann dar, wenn die Einsatzkraft ihr gesetzliches Höchstalter von 60 Jahren (in Ausnahmefällen 62 Jahre) erreicht hat. Der Einsatzdienst ist dann nicht mehr möglich. Der Übergang in den Ruhestand erfolgt jedoch erst mit Erreichen des 67. Lebensjahres bzw. in einigen Fällen noch mit dem 65. Lebensjahr. Der Feuerwehrbeamte hingegen beendet mit 60. Jahren seinen Dienst und erhält seine Pension.

Dies hat zur Folge, dass die hauptamtliche Feuerwehrkraft zwar noch Tätigkeiten im Innendienst für die Feuerwehr versehen kann, jedoch nicht mehr für die originäre Aufgabe, den Einsatzdienst, zur Verfügung steht. Im ungünstigsten Fall müsste eine Zeit von sieben Jahren durch zusätzliche Einstellungen überbrückt werden, um weiterhin eine ausreichende Personalstärke für den Einsatzdienst sicherstellen zu können. Ob dies jedoch aus finanzieller Sicht eine günstigere Möglichkeit für die Städte und Gemeinden darstellt, ist fraglich.

Natürlich sieht der TVöD für diesen Fall eine Sonderregelung vor, die den hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen dem Berufsfeuerwehrbeamten gleichstellen soll. Ist im Arbeitsvertrag diese Sonderregelung vereinbart, kann der Beschäftigte auf Antrag mit dem Erreichen des 60. Lebensjahres aus dem Dienst ausscheiden.

Prüfungen haben jedoch ergeben, dass dem Beschäftigten aus finanzieller Sicht erhebliche Nachteile entstehen. Die monatlichen Bezüge wären weit unter dem Sozialhilfesatz und somit nicht zumutbar. Es ist kaum zu erwarten, dass unter diesen Umständen ein Beschäftigter mit Erreichen des 60. Lebensjahres ausscheiden will und kann.

Gerade die Städte über 50.000 Einwohner haben dies erkannt und die meisten Anstellungsverhältnisse der hauptamtlichen Einsatzkräfte in Beamtenverhältnisse umgewandelt.

## Fazit

Es bleibt festzustellen, dass die momentane Rechtslage, nicht nur für die hauptamtlich beschäftigten Feuerwehrangehörigen bei den Kommunen, sondern auch für die Städte und Gemeinden selbst, erhebliche Nachteile zur Folge hat. Es ist nicht vertretbar, dass hier eine Zweiklassengesellschaft, trotz gleicher Aufgaben, unter den Feuerwehrangehörigen besteht. Vielfach engagieren sich die hauptamtlichen Einsatzkräfte über das übliche Maß hinaus auch noch ehrenamtlich in ihren Feuerwehren. Andere Bundesländer haben dies erkannt und gleiche Verhältnisse zwischen Einsatzkräften der Berufsfeuerwehr und den hauptamtlichen Einsatzkräften der Freiwilligen Feuerwehren geschaffen.

Deshalb sind folgende Regelungen unbedingt notwendig:

- Schaffung von klaren Anstellungsverhältnissen als hauptamtliche Einsatzkräfte der Feuerwehr.
- Gerechte und einheitliche Eingruppierung nach Aufgabengebieten und Ausbildungsstand.
- Gleiche Ruhestandsregelungen wie bei den Berufsfeuerwehrbeamten.

Werner Merget  
Fachausschussvorsitzender



# Fachausschuss »Öffentlichkeitsarbeit«

Der Berichtszeitraum war wiederum geprägt durch die erforderliche Mit- und Zuarbeit im Bereich der LFV-Öffentlichkeitsarbeit insgesamt. Hierzu zählten insbesondere die Begleitung diverser Veranstaltungen/Termine, unzählige Presse-/Medienkontakte, das »Tagesgeschäft« (u. a. eine ständig ansteigende Anzahl von E-Mail-Anfragen), Redaktionsmitarbeit beim FLORIAN HESSEN, Feuerwehr-Imagekampagne, Kooperationen mit anderen Feuerwehrmedien sowie die Facharbeit (hier auch Betreuung des LFV-A-B+B als zuständiges Präsidiumsmitglied) auf Landes-/Bundesebene. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind/waren:

## FA-Sitzung Öffentlichkeitsarbeit 10/08

Bei der FA-Sitzung im Oktober 2008, die bei der Produktionsagentur unseres LFV-Journals FeuerwehrTV in Heuchelheim (bei Gießen) durchgeführt wurde, ging es insbesondere u. a. um folgende Themenbereiche:

- Bewertung/Fortführung der Image-Kampagne in 2008 und 2009
- FeuerwehrTV 2009 (Ideen Schwerpunkte, Weiteentwicklung ...)
- Anschaffung eines »Medienmobils« (erste konzeptionelle Ideen)
- Künftige Konzeption für Hessische Feuerwehrtage und Beteiligung bei Hessentagen
- INTERSCHUTZ/Deutscher Feuerwehrtag 2010 Leipzig

## FeuerwehrTV des LFV Hessen

Insgesamt konnte das Projekt FeuerwehrTV auch im dritten Jahr recht erfolgreich weiterentwickelt werden. Auch das geänderte »Sendeschema« (ein Mal monatlich, fester Sendeplatz auf RMTV) hat sich bewährt. Immer-

hin insgesamt 35 Einzelsendungen wurden bis dato produziert und ausgestrahlt.

Die Chronik für 2008:

- 01/08: Die Aufgaben der zentralen Leitstelle
- 02/08: Höhenrettung
- 03/08: Wärmebildkamera und Einsatzmöglichkeiten
- 04/08: Brandschutzerziehung mit behinderten Menschen
- 05/08: HJF-Aktionstag in Gelnhausen
- 06/08: Internationale Feuerwehrwettbewerbe in Frankfurt (Main)
- 07/08 : Deutsch-russische Jugendbegegnung der HJF
- 08/08 : FF-Einsätze auf Gewässern
- 09/08: FF-Übungsgelände Dillenburg
- 10/08: Feuerwehrangehörige als Mitarbeiter
- 11/08: Werkfeuerwehren in Hessen ( 50 Jahre )
- 12/08: Technik (genaues Thema wurde kurzfristig festgelegt)

Der Zeitaufwand zur Projektierung und Erstellung der jeweiligen Sendungen sollte nicht unterschätzt werden. Die Arbeit (und Kontinuität) des Redaktionsstabes ( Battenfeld, Popp, Schönfeld) hat sich dabei gut eingespielt. Auch wäre das Projekt FeuerwehrTV ohne die Unterstützung durch die Sponsorpartner – allen voran Unfallkasse Hessen und das Hessische Innenministerium – nicht umsetzbar. Nach wie vor bleibt (ist) das FeuerwehrTV des LFV Hessen bundesweit ein einmaliges Projekt. FeuerwehrTV ist damit ein fester und integrierter Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit der hessischen Feuerwehren.

Anregungen und Themenvorschläge (auch für die Staffel 2009) sind jederzeit erwünscht.

Kontakt: holger.schönfeld@feuerwehr-hessen.de

## Arbeitsvorhaben in 2009

... werden auch diesmal wieder durch den LFV Terminkalender 2009 (siehe auch dort) vorgegeben. Im Rahmen der Möglichkeiten wird sich hier der FA-ÖA beteiligen. Ein Schwerpunkt wird sicherlich auch die Vorbereitung auf den Deutschen Feuerwehrtag 2010 in Leipzig sein.

... die Weiterarbeit an den großen, längerfristigen LFV-Projekten – wie z. B. Fortführung der Feuerwehr-Imagekampagne und des FeuerwehrTV, Ausbau der PR-Arbeit insgesamt – ist weiter zu verfolgen.

## Zum Jahresende 2008

... geht wiederum der Dank an all diejenigen, die erneut die Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehr/en (auf allen Ebenen) aktiv unterstützt haben. Eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit ist nur durch das Zusammenwirken vieler Beteiligter möglich – und setzt ein hohes Engagement voraus. Ein besonders Dankeschön für die vertrauensvolle Kooperation geht an das LFV-Präsidium und an die Mitarbeiter/innen der LFV-Geschäftsstelle für die gewährte Unterstützung.

Insgesamt kann festgestellt werden. Dass die Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehren (also auf allen Ebenen) in den letzten Jahren qualitativ sicherlich besser geworden ist.

Holger Schönfeld  
Fachausschussvorsitzender  
und Medienreferent



# Brandschutzerziehung und -aufklärung

Der Fachausschuss Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung traf sich zu insgesamt sechs gemeinsamen Sitzungen. Die Mitglieder fassten sich in 2008 mit den nachfolgend aufgeführten Themen:

1. **Lehrgänge in Zusammenarbeit mit der HLFS;** dazu nahmen teilweise Mitglieder des FA an den entsprechenden Lehrgängen in Marburg-Cappel teil. In Absprache mit Pädagogen werden die Lehrpläne überarbeitet und angepasst. Ein Lehrgang »Multiplikator (Kreisaus-

bilder) Brandschutzerziehung« soll neu gebildet und die Lehrerfortbildung im Bereich BrSE soll mehr unterstützt und betrieben werden. Eine FA-Sitzung fand an der HLFS statt, in deren Verlauf es zu einem regen Informationsaustausch mit dem Leiter der Schule, BD Burlon, kam. Die zukünftige gemeinsame Arbeitsweise wurde erörtert. Leider konnte der Vorschlag, eine Modulausbildung analog zu den Seminaren der Jugendfeuerwehrwarte, nicht umgesetzt werden.

2. **Erste Schritte zur Neugestaltung einer Brandschutzerziehungs-»mappe«** für die Arbeit in den Kindergärten wurden angegangen. Das neue Format soll auf CD-ROM oder DVD herausgebracht werden. Ein eindeutiges und einheitliches Logo der Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung Hessen ist in Arbeit und soll nach Fertigstellung verbreitet werden.
3. **Internetpräsentation;** es wurde angeregt die Internetpräsentation des FA neu zu gestalten. Erste

Schritte sind mit der Geschäftsstelle eingeleitet. Leider ist das Projekt ein wenig stockend. Eine Tauschbörse für Unterrichtsmaterial soll im Internet neu eröffnet werden.

4. Ein neues Thema ist **Brandschutzerziehung mit Behinderten**, hierbei unterstützt der FA die Feuerwehr Hanau bei einem ersten vfdb-Seminar zur Thematik der Brandschutzunterweisung bei Menschen mit Handicap im weitesten Sinne. Auch das vfdb/DFV-Forum Brandschutzerziehung/Brandschutzaufklärung 2008 hatte sich am 14. und 15. November in weiten Teilen mit dem Thema auseinandergesetzt. Ein Seminar für hessische Brandschutzerzieher zum Thema MmB ist in Vorbereitung. Die Vorbereitungen für einen zweiten Workshop hessischer Brandschutzerzieher an der Hessischen Landesfeuerwehrschule 2009 haben ebenfalls begonnen.
5. Seit Ludwigshafen heiß diskutiert und von verschiedenen politischen Seiten auch angeschoben, ist die **Brandschutzaufklärung bei Personen mit Migrationshintergrund**. Auch dieser Themenbe-

reich nahm beim Forum in Hanau einen breiten Raum ein. Vielen wird der interessante Gastvortrag des Vorsitzenden der Türkische Gemeinden in Deutschland e. V., Kenan Koljat, noch in lebhafter Erinnerung sein.

6. Für die neue Ausführung des **web-basierten Florix** erstellte der FA einen Anforderungskatalog für ein Brandschutzerziehungsmodul.
7. Spartenübergreifend ist die **Umsetzung des Zivilschutzneuordnungsgesetzes (ZSNeuG)** in den Bereichen der Bevölkerungsunterweisung zum Selbstschutz an der Schnittstelle Katastrophenschutz/Öffentlichkeitsarbeit/Brandschutzaufklärung. Hier beobachtet der FA die weitere Entwicklung unter Berücksichtigung des gesetzlichen Auftrages zur Unterweisung der Bevölkerung nach Vorgaben des Bundes aus § 5 ZSNeuG und § 3 HBKG für den Selbstschutz.
8. Mitglieder des Ausschusses besuchten und wirkten mit bei
  - a. der Ausstellung zum Landesdelegiertentag des LFV in Korbach;

- b. dem vfdb/DFV-Fachseminar Brandschutzerziehung »Menschen mit Behinderungen« in Ludwigshafen, Bergisch Gladbach und mehrfach an der Landesfeuerwehrschule Rheinland Pfalz in Koblenz.
- c. dem Brandschutzerziehungstag anlässlich des Hessentages in Homberg/Efze
- d. vfdb/DFV-Forum Brandschutzerziehung/Brandschutzaufklärung 2008 in Hanau
9. Aus dem Fachausschuss wurde der FA-Vorsitzende als ständiger Vertreter des LFV in den gemeinsamen Arbeitskreis Brandschutzerziehung des DFV und der vfdb entsandt. Als weiterer Hesse, jedoch für den vfdb, wurde Timo Ross von der FF Hanau in den gemeinsamen AK berufen. Weiterhin wird Ralf Höhmann, Mitglied der FF Friedberg, als Vertreter des TÜV Süd im gemeinsamen AK für den betrieblichen Brandschutz hessische Ideen mitvertreten.

*Thomas Hain  
Fachausschussvorsitzender*

## Fachausschuss Frauen

Seit dem letzten Tätigkeitsbericht im April konnten einige Aktivitäten durchgeführt werden. Diese tragen hoffentlich dazu bei, den Anteil der Frauen in den Feuerwehren zu erhöhen. Zudem sollen die bereits in den Feuerwehren tätigen Frauen unterstützt werden um ihre Mitarbeit aufrechtzuerhalten beziehungsweise auszubauen.

Beim Hessentag in Homberg/Efze wurde ein Tag mit dem Schwerpunkt »Frauen bei der Feuerwehr« gestaltet. In einem kommentierten Rollenspiel, das die Frauen erst bei beruflichen und häuslichen Tätigkeiten zeigte und nach einer Alarmierung mit dem Löschen eines brennenden Pkw endete, konnte den Zuschauern vermittelt werden, dass die Aufgaben der Feuerwehr auch von Frauen übernommen werden können.

Passend zu den Plakaten der DFV-Kampagne »Frauen am Zug« wurden zudem unter dem Motto »Willkommen im Blaulichtmilieu« blaue Mohrenköpfe verteilt. Die Passanten hatten bei Vorführungen und Mitmachaktionen Gelegenheit, selbst aktiv zu werden.

Die Resonanz bei den Zuschauern war positiv. Bei der Suche nach Personal für die Übungen tauchte das Problem auf, dass einige Frauen an reinen Frauenübungen nicht teilnehmen wollten oder sollten. Hier wurde leider nicht erkannt, dass es sich bei der Darstellung auf dem Hessentag

um Werbung handelte und nicht um Übungen für den Einsatz.

In den Sommerferien 2008 fand an der HLFS erstmals ein Lehrgang mit Kinderbetreuung statt. Zu einem Gruppenführer-Lehrgang hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit ihre Kinder im Alter zwischen sechs und zwölf Jahren mitzubringen. Diese wurden während der Lehrgangszeiten der Eltern sowie zwei Stunden am Abend betreut. Das Angebot wurde von den Teilnehmenden sehr positiv bewertet und sollte wiederholt werden.

Das DFV-Projekt »Mädchen und Frauen in den Freiwilligen Feuerwehren« endete am 30. Juni 2008. Am 24. September fand eine Abschlussveranstaltung statt, die die Ergebnisse zusammenfasste und einen Ausblick auf weitere Aktivitäten in dem Themenbereich gab. Im Zuge der Ergebnisdarstellung wurden zwei hessische Beiträge vorgestellt. Heike Münker stellte die Aktivitäten des LK Fulda zum Weltfrauentag am 8. März 2008 vor. Darüber hinaus berichtete sie in einem Workshop über das durchgeführte Patenschaftsprojekt zum Übergang Jugendfeuerwehr – Einsatzabteilung. Weiterhin wurde über den Truppführer-Lehrgang mit Kinderbetreuung, der in den Sommerferien 2007 stattgefunden hatte, berichtet. Es ist geplant, zukünftig einmal jährlich eine bundesweite Veranstaltung für Feuerwehrfrauen anzubieten.

Im Herbst 2008 waren zwei Treffen für

Feuerwehrangehörige in den Bezirken Kurhessen-Waldeck sowie Hessen-Darmstadt geplant und dazu eingeladen worden. Leider konnten die Treffen wegen zu wenigen Anmeldungen nicht stattfinden.

Das Treffen im Bezirk Kurhessen-Waldeck wird nachgeholt und findet am 28./29. März 2009 in Rotenburg Fulda statt.

Für den 7. und 8. November 2008 waren alle Vertreterinnen der Hessischen Feuerwehren nach Melsungen eingeladen worden. Insgesamt 15 Frauen aus zehn hessischen Landkreisen nahmen teil. Am Freitagabend erhielten die Teilnehmerinnen Informationen über aktuelle Aktivitäten auf Landes- und Bundesebene und berichteten selbst über ihre Tätigkeiten.

Am Samstag wurde ein Seminar mit dem Titel »Networking« angeboten. Eine Referentin vom BüroF – Büro für Staatsbürgerliche Frauenarbeit e.V. – Wiesbaden gab den Teilnehmerinnen Informationen und Hinweise, wie Vernetzung die eigene Arbeit unterstützen kann. Das Thema war bei einer früheren Veranstaltung von den Teilnehmerinnen gewünscht worden, da immer wieder festzustellen ist, dass viele Probleme und Unstimmigkeiten daraus resultieren, dass Informationen nicht ankommen. Eine gute Vernetzung ist eine Möglichkeit diese Situation durch bessere Kommunikation zu verbessern.

*Karin Plehnert-Helmke  
Fachausschussvorsitzende*

# Fachausschuss »Recht und Organisation«

Im vergangenen Jahr fanden insgesamt vier Fachausschusssitzungen statt. Nachdem die durch den Fachausschuss vorbereitete Satzung des Landesfeuerwehrverbandes die formellen Beschlüsse durch die verbandlichen Gremien erhalten und auch die Zustimmung durch das Amtsgericht Wiesbaden bekommen hatte, konnte diese am 26. April 2008 durch die Verbandsversammlung beschlossen werden. Damit ist eines der bisherigen Dauerthemen des Fachausschusses erledigt.

Die schon in dem letzten Jahresbericht genannten Themen HBKG und Feuerwehrorganisationsverordnung (FwOVO) beschäftigen den Fachausschuss »Recht und Organisation« noch immer.

Am 3. April 2008 hat sich der Fachausschuss dafür ausgesprochen, einstweilen keine Änderung der öffentlich-rechtlichen Mustersatzung, sowie der Mustervereinssatzung vorzunehmen. Die organisatorische und inhaltliche Gestaltung der Kindergruppen, die durch die Neufassung des § 8 HBKG in die öffentlich-rechtliche Feuerwehr aufgenommen wurden, lässt sich auch durch eine Dienstanweisung des Leiters der Feuerwehr regeln. Informationen

hierzu sollen den Mitgliedsfeuerwehren in einer Handreichung zur Verfügung gestellt werden, welche derzeit in Arbeit ist. Die Mustersatzungen sollen erst dann auch auf die Kinderfeuerwehr angepasst werden, wenn die zum 1. Januar 2009 zu erwartende neue FwOVO in Kraft getreten ist.

Zum letzten Entwurf der neuen Feuerwehrorganisationsverordnung ist am 29. Juli 2008 durch den Fachausschuss eine Stellungnahme an das HMdIS erarbeitet worden. Einige der Empfehlungen seien hier erwähnt:

- Ergänzung um Richtwerte zur personellen Mindeststärke,
- Ergänzung um eine Regelung zur Organisationsstruktur in den Landkreisen, insbesondere einer Regelung zur Ausbildung auf Kreisebene,
- Regelung einer Anerkennung der Ausbildung in der Freiwilligen Feuerwehr bei Tätigkeit in der Berufsfeuerwehr.

Außerdem befasste sich der Fachausschuss mit den weiteren Vorschriften:

- Verwaltungsvorschrift zur Wechsel-schichtdienst- und Schichtzulagen nach § 20 EZuV,
- Feuerwehrbekleidungs-Richtlinie,
- Erlass zur Kostenerstattung für die

Teilnahme an Lehrgängen der HLFS

- Urteil des HessVGH vom 22. August 2007 zur Berechnung der erstattungsfähigen Fahrzeugkosten

Thema Internetauftritt des Fachausschusses: Als Dienstleistung für die Mitgliedsfeuerwehren möchte der Fachausschuss künftig neben der Darstellung seiner Aufgaben und Ziele eine Rechtsprechungsdatenbank anbieten, in der Gerichtsurteile mit Bezug zur Feuerwehr (z. B. Versicherungsschutz, Kostenrecht, Straßenverkehrsrecht, u. v. m.) veröffentlicht werden.

Personell war das vergangene Jahr für den Fachausschuss Recht und Organisation kein erfreuliches Jahr. Das langjährige Fachausschussmitglied Jürgen Völk ist am 5. Mai 2008 nur wenige Tage nach einer Fachausschusssitzung für alle plötzlich und unerwartet verstorben und hat in unseren Reihen eine große Lücke hinterlassen. Über die Nachbesetzung hat nun der Landesfeuerwehrausschuss zu entscheiden.

*Thomas Schmidt  
Fachausschussvorsitzender*

## Hessische Jugendfeuerwehr

### Bericht der stellv. Landesjugendfeuerwehrwarte

Das zweite Halbjahr des Jahres 2008 war für die Hessische Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Hessen e. V. keine einfache Zeit. Nach dem Rücktritt von Landesjugendfeuerwehrwart Robeer Steinerbrunner im April 2008 konnte die Zeit nicht angehalten werden. Die Arbeit der Hessischen Jugendfeuerwehr musste weiter gehen. Nur durch zusätzliches ehrenamtliches Engagement der Mitglieder der Landesjugendfeuerwehrleitung war es möglich, die entstehenden Lücken aufzufangen und die inhaltliche Arbeit weiter voranzubringen. In vielen Gesprächen mit den Kreisjugendfeuerwehrverbänden konnte nun eine zukunftsweisende Lösung gefunden werden. Mit Stefan Cornel an der Spitze wird das Schiff »Hessische Jugendfeuerwehr« schnell wieder an Fahrt aufnehmen.

Über den Aktionstag der Hessischen Jugendfeuerwehr in Gelnhausen, an dem im Mai rund 4.500 Mädchen und Jungen teilnahmen,

wurde bereits im letzten LFV-Infodienst berichtet. Erwähnt werden soll aber noch einmal, dass diese Veranstaltung die größte überregionale Werbeveranstaltung für die Jugendarbeit in der Feuerwehr und für unsere jugendlichen Mitglieder zugleich ein Tag voller Spiel, Spaß und LLAction ist.

Derzeit werden in allen Jugendfeuerwehren Hessens die Jahresstatistiken erstellt. Die endgültigen Zahlen werden uns im Januar vorliegen. Wir wissen aber schon jetzt, dass auch in diesem Jahr wieder mehrere Jugendfeuerwehren gegründet werden konnten. Die Hessische Jugendfeuerwehr gratuliert allen Neugründungen. Wir wissen aber auch, dass Neugründungen den Abwärtstrend bei der Mitgliederentwicklung nicht auffangen können. Es wird daher in Zukunft darum gehen mit gezielten Werbemaßnahmen neue Mitglieder zu gewinnen und durch gute Arbeit in der Jugendfeuerwehr vor Ort bestehende Mitglieder zu halten. Bei der Dienstplangestaltung ist deshalb darauf zu achten, dass auch der allgemeine Jugendarbeit ein ausreichender Freiraum eingeräumt wird.

Höhepunkt im Jahresverlauf der Jugendfeuerwehren ist traditionell der Landesentscheid. In einem spannenden Wettbewerb traten am ersten Sonntag im September in Korbach im Landkreis Waldeck-Frankenberg beim 39. Landesjugendfeuerwehrwettbewerb 40 Jungenmannschaften und 14 Mädchenmannschaften aus ganz Hessen im Landesentscheid Bundeswettbewerb gegeneinander an. Es siegte die Jungenmannschaft aus Rosenthal-Roda mit 1430 Punkten vor den Mannschaften aus Knüllwald-Schellbach (1427,9 Punkte) und Lich - Nieder Bessingen (1426 Punkte). Bei den Mädchen siegte die Mannschaft aus Lich - Nieder-Bessingen mit 1432 Punkten. Auf den Plätzen folgten die Jugendfeuerwehren aus Homberg/Efze - Mühlhausen mit 1421 Punkten und Nidda - Unter-Schmitten mit 1411 Punkten. Die siegreichen Mannschaften erhielten die Urkunden, Medaillen und Geschenke aus den Händen der stellvertretenden Landesjugendfeuerwehrwarte Stefan Cornel und Christoph Wettecke. Die Glückwünsche des Innenministeriums überbrachte Wolfgang Schulz. Auch der Vizepräsident des LFV Hessen, Gert Battenfeld, und der Leiter der Landesfeuerwehrschule, Silvio Burlon, gratulierten allen Teilnehmern zu Ihrer Leistung.



Die 14. deutsch-russische Jugendbegegnung fand vom 28. Juni bis zum 13. Juli in Hessen in unserem Jugendfeuerwehrausbildungszentrum statt. Insgesamt 21 russische und 18 deutsche Teilnehmer beteiligten sich an der interkulturellen Begegnung. Das gemeinsame Thema in diesem Jahr war »Das Russlandbild in Deutschland«. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen standen auch Begegnungen mit Russlanddeutschen und jungen deutschen mit russischem Migrationshintergrund auf dem Programm. So verbrachten die Teilnehmer jeweils einen gemeinsamen Tag mit Jugendlichen aus den Jugendorganisationen »Deutsche Jugend Russland und der »Deutschen Jugend Europa«. Auf gemeinsame Spurensuche ging es drei Tage lang auf dem ehemaligen Grenzbeobachtungsposten »Point Alpha«. Nach einem Besuch im neuen Hessischen Landtag, wurde die Gruppe ganz offiziell im Hessischen Innenministerium sowie im Römer von der Stadt Frankfurt begrüßt.

Auch das Jugendforum der Hessischen Jugendfeuerwehr ist weiter aktiv. In diesem Herbst stand für die Jun-

gen und Mädchen unter der Leitung von Landesjugendsprecher Steffen Zanger und Fachgebietsleiter Stefan Seidel ein Stück deutsche Geschichte auf dem Studienplan. Beim Besuch des »Point Alpha« an der ehemaligen innerdeutschen Grenzen lernten die Jugendlichen viel über die Zeit des kalten Krieges und der Deutschen Teilung. Gespräche mit Zeitzeugen gestalteten die Eindrücke dabei besonders nachdrücklich.

Nicht ohne Stolz können wir verkünden, dass seit Anfang September unsere neue Homepage online ist. Damit endet eine lange internetlose Zeit unseres Jugendverbandes. Unter [www.feuerwehr-hessen.de](http://www.feuerwehr-hessen.de) sind nun alle wichtigen Informationen rund um die Jugendfeuerwehr abrufbar. Daneben steht ein umfangreicher Downloadbereich und ein Forum zur Verfügung, in dem alle Jugend- und Feuerwehrthemen besprochen werden können. Mit eigenen Texten und Bildern aus den Landkreisen werden die Kreisjugendfeuerwehren in Zukunft zum Ausbau und damit zum Gelingen der Seite beitragen.

Im September reiste eine Delegation der Hessischen Jugendfeuerwehr zum Deutschen Jugendfeuerwehrtag nach Uelzen in Niedersachsen. Rund 130 Delegierte aus den 16 Bundesländern nahmen hieran teil. Der Vormittag des Delegiertentages stand ganz im Zeichen der Integrationskampagne »Unsere Welt ist bunt«. Zum offiziellen Teil des Delegiertentages konnte Bundesjugendleiter Hans-Peter Schäfer neben zahlreichen lokalen Ehrengästen auch den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Peter Struck, begrüßen. Der Präsident des DFV, Hans-Peter Kröger, zeichnete den Bildungsreferenten der Hessischen Jugendfeuerwehr Holger Schönfeld im Rahmen der Delegiertenversammlung für seine langjährige Tätigkeit als Chefredakteur »Lauffeuer« und Mitglied der Bundesjugendleitung mit dem Deutschen Feuerwehr Ehrenkreuz in Silber aus. Die Hessische Jugendfeuerwehr gratuliert zu dieser Auszeichnung.

*Stefan Cornel  
Christoph Weltecke  
Stellvertretende  
Landesjugendfeuerwehrwarte*

## Einstimmiges Votum für den neuen LJFW Stefan Cornel

Mit viel Optimismus kann nun die Hessische Jugendfeuerwehr im LFV (HJF) ins neue Jahr gehen. Nachdem es beim außerordentlichen 33. Landes-Delegiertentag in Marburg-Cappel – u.a. nach sechsmonatiger Vakanz beim Amt des Landes-Jugendfeuerwehrwartes (LJFW) und anderer Leitungsposten – gelungen war, wichtige personelle Weichenstellungen vorzunehmen, ist die Landesjugendorganisation nun auch inhaltlich-organisatorisch gestärkt, um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen. Wichtiges Ergebnis: Mit ihrem einstimmigen Votum wählten die rund 160 Vertreter/innen der 32 hessischen Kreis- und Stadtjugendfeuerwehren Stefan Cornel (Frankfurt) beim 33. Landes-Delegiertentag zum neuen LJFW.

Stefan Cornel, der bekanntlich auch Stadt-Jugendfeuerwehrwart in Frankfurt ist, hatte bislang eine Stellvertreterposition innerhalb der HJF begleitet und sah in dem Wahlergebnis einen wichtigen persönlichen Vertrauensbeweis und eine Verpflichtung für die zu leistende Arbeit. Dabei appellierte der neue LJFW an die Solidarität aller und machte zudem klar, »dass nur mit der Blick nach Vorne, anstehende Aufgaben zu lösen sind«. So wünschten schließlich auch Innenstaatssekretärin Oda Scheibelhuber, Marburgs Oberbürgermeister Egon Vaupel und der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Hessen, Ralf Ackermann, eine glückliche Hand bei der Ausgestaltung der neuen Aufgabe.

Als Stellvertreter fungiert weiterhin Christoph Weltecke, der zuvor die Regie als Versammlungsleiter des Delegiertentages in seinen Händen hatte. Im Rahmen der weiteren Ergänzungswahlen wurde schließlich Michael Kittel (Kreisjugendfeuerwehrwart Main-Kinzig) als weiterer und neuer Stellvertreter gewählt. Auch hier gab es ein einstimmiges Votum durch alle anwesenden Delegierten/innen, ebenso wie für Alexander Schmick (Vogelsbergkreis), der nunmehr für das Fachgebiet »Großveranstaltung« innerhalb der HJF verantwortlich zeichnet. Mit den Wahlen konnte zudem die Landesjugendleitung, die das ehrenamtliche Führungsteam der HJF darstellt, die erhoffte Verstärkung erhalten. Mit dabei sind weiterhin: Dr. Andreas Adams (Schriftführer), Udo Lind (Bildungs-/Medienarbeit), Jürgen Neubauer (Wettbewerbe), Stefan Ziegler (Jugendpolitik), Stefan Seidel (Jugendforum) und Steffen Zanger (Landesjugendsprecher).



*Blumen und Glückwünsche für die neugewählten Mitglieder in der Landes-Jugendfeuerwehrleitung. Das Bild zeigt (v. r.) Innenstaatssekretärin Oda Scheibelhuber, den Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Ralf Ackermann, Alexander Schmick (Großveranstaltungen), Michael Kittel (neuer stellv. LJFW), Stefan Cornel (neuer LJFW), Christoph Weltecke (stellv. LJFW) und HJF-Bildungsreferent Holger Schönfeld.*

*HJF-Presses/hsf*

# Bericht des Landesstabführers

## Feuerwehrmusik auf hohem Niveau

Das 25. Landeswertungsspielen des LFV Hessen, das der Fachausschuss Musik mit großer Unterstützung der Musiker der Busecker Schloßremise und Feuerwehrleuten der Busecker Wehr ausgerichtet hatte, war ein voller Erfolg für die Feuerwehrmusik in Hessen. Das gilt nicht nur für die große Beteiligung mit 19 Musikgruppen aus zwölf Vereinen und fast 800 Musikerinnen und Musikern, die sich einem Verbesserungsspiel sowie dem Wertungsspiel in den Wertungsklassen der Unter-, Mittel- und Oberstufe sowie der Marschwertung stellten. Durch engagierte Werbung im Vorfeld konnte so die Anzahl der Teilnehmer gegenüber dem letzten Landeswertungsspielen verdoppelt werden.

Die hervorragende Organisation vor Ort unter der Federführung von Ilka und Volker Reinschmidt mit den Einspielräumen, dem Herrichten des Kulturzentrums mit Bühne, der Verpflegung durch die Feuerwehr, der Betreuung der einzelnen Musikgruppen, alles hat reibungslos funktioniert. Der Fachausschuss Musik hatte die Wertungsmappen vorbereitet, das Wertungsbüro besetzt und die Pokale und Plaketten beschafft. Mit den Wertungsrichtern Prof. Dr. Hans-Walter Berg aus Trossingen, Dieter Adam aus Ibbenbüren und Hans Wübbers aus Alsfeld hatte der Fachausschuss ein gutes Wertungsteam zusammengestellt, das eine faire Bewertung bot.

Vom erstmals angebotenen »Verbesserungsspiel«, das eine mündliche Kritik zur Verbesserung der musikalischen Präsentation beinhaltet, machten das Flömelorchester der Busecker Schloßremise, der Musik- und Spielmannszug Gemünden (Whora), das Nachwuchsorchester der Spielleute Bad Schwalbach und der Spielmannszug Ippinghausen gebrauch. Die Teilnehmer der Wertungsklassen der Unter-, Mittel-, und Oberstufe sowie der Marschwertung sind in der Wertungsübersicht dargestellt. Hier galt es in verschiedenen Wertungskriterien wie Dynamik und Klangbalance, Technische Ausführung, Intonation oder künstlerischer Gestaltung möglichst viele Punkte zu bekommen. Die Überflieger an diesem Tag waren die Musikerinnen und Musiker der FF Reiskirchen, deren Leistung auf den Punkt gepasst hat. So hat das Blasorchester 96 von 100 möglichen Punkten, das Jugendorchester 93 (beide Oberstufe) und der Schülerspielmannszug in der Mittelstufe 95 Punkte erreicht. Die Züge, die in der

Oberstufe und der Marschwertung angetreten sind, haben sich damit für das 10. Bundeswertungsspielen, das vom 1. bis 3. Mai 2009 in Celle (Nie-

dersachsen) stattfinden wird, qualifiziert.

Auch die starke Präsenz aus Politik und Feuerwehr mit Innenminister Volker Bouffier, Landrat Willi Marx und Bürgermeister Erhard Reinl sowie seitens der Feuerwehr mit dem Vizepräsidenten des LFV Hessen Gert Battenfeld, dem stellvertretenden Ver-

## Ergebnisse des 25. Landeswertungsspielen des LFV Hessen

Bühnenwertung	Wertungsklasse	Punkte	Note
Blasorchester der FF Reiskirchen	Oberstufe	96	ausgezeichnet
Schülerspielmannszug der FF Reiskirchen	Oberstufe	95	ausgezeichnet
Drumband der »show and brass band« der FF Alsfeld	Oberstufe	89	sehr gut
Spielmannszug der FF Allendorf (Lumda)	Oberstufe	82	sehr gut
Orchester der FF Dirlos	Oberstufe	80	gut
Spielleute der Busecker Schloßremise	Oberstufe	74	gut
Jugendorchester der FF Reiskirchen	Mittelstufe	93	ausgezeichnet
Spielleuteorchester der FF Bad Schwalbach	Mittelstufe	73	gut
Jugendorchester der FF Dirlos	Mittelstufe	72	gut
Spielmannszug der FF Erbach	Unterstufe	78	gut
Spielgemeinschaft der FF Bürstadt/Hofheim	Unterstufe	73	gut

Marschwertung	Wertungsklasse	Punkte	Note
Blasorchester der FF Reiskirchen		94	ausgezeichnet
Spielmanns- und Fanfarenzug der FF Alsfeld		89	sehr gut
Spielleute der Busecker Schloßremise		88	sehr gut
Spielmannszug der FF Allendorf (Lumda)		84	sehr gut

Somit qualifiziert für die 10. Bundeswertungsspiele vom 1. bis 3. Mai 2009 in Celle

Name	Wertungsklasse	Punkte	Note
Blasorchester der FF Reiskirchen	Oberstufe Bühne	96	ausgezeichnet
Schülerspielmannszug der FF Reiskirchen	Oberstufe Bühne	95	ausgezeichnet
Drumband der »show and brass band« der FF Alsfeld	Oberstufe Bühne	89	sehr gut
Spielmannszug der FF Allendorf (Lumda)	Oberstufe Bühne	82	sehr gut
Orchester der FF Dirlos	Oberstufe Bühne	80	gut
Spielleute der Busecker Schloßremise	Oberstufe Bühne	74	gut
Blasorchester der FF Reiskirchen	Marschwertung	94	ausgezeichnet
Spielmanns- und Fanfarenzug der FF Alsfeld	Marschwertung	89	sehr gut
Spielleute der Busecker Schloßremise	Marschwertung	88	sehr gut
Spielmannszug der FF Allendorf (Lumda)	Marschwertung	84	sehr gut





Landesstabführer (komm.) Jochen Rietdorf (v. l.), Innenminister Volker Bouffier, Otmar Scheld vom Blasorchester Reiskirchen und Vizepräsident des LFV Hessen Gert Battenfeld. Links im Hintergrund Landrat Willi Marx.

Foto: Sieglinde Wagner, GAZ

bandsvorsitzenden des KfV Gießen Marcus Leopold, Gemeindebrandinspektor Frank Müller und dem stellv. Landesstabführer des LFV Rheinland/Pfalz, Christoph Becker und weiteren Führungskräften, waren

ebenso erfreulich wie die große Zahl der Besucher, die das Kulturzentrum in Buseck zeitweise mit mehr als 250 Gästen füllten. Ebenso groß war das Interesse der Besucher bei der Straßenwertung, die bei sommerli-

chen Temperaturen und herrlichem Sonnenschein im Ortskern von Buseck stattfand.

So sparte der kommissarische Landesstabführer Jochen Rietdorf auch nicht mit Lob, Dank und Anerkennung bei seiner Begrüßung im Rahmen der Siegerehrung. Innenminister Volker Bouffier würdigte das Engagement von Rietdorf mit den Worten: »Dass die Feuerwehrmusik diesen Aufschwung genommen hat, verdanken wir ganz besonders auch Ihnen«, und stellte fest, dass die Feuerwehrmusik kein Anhängsel, sondern integraler Bestandteil dessen, was Feuerwehr ausmacht, ist. Landrat Willi Marx sprach von einer unheimlichen Power in der Feuerwehrmusik im Landkreis Gießen und Bürgermeister Erhard Reinl von einer stolzen Auszeichnung, Ausrichter dieser Veranstaltung sein zu dürfen. Vizepräsident Gert Battenfeld überbrachte die Grüße des LFV-Präsidenten Ralf Ackermann und stellte eine finanzielle Unterstützung für die Teilnehmer des Bundeswertungsspiels in Aussicht.

Jochen Rietdorf  
kommissarischer Landesstabführer im LFV Hessen

## IG-Tauchen der öffentlichen Feuerwehren in Hessen

Hier noch einmal zur Erinnerung: Wir sind vor acht Jahren angetreten, die Feuerwehrauchergruppen zusammenzuführen, um gemeinsam – und darum ging es uns – gegen unsinnige Dienstvorschriften verschiedenster Fachgremien und Industrie, sowie Taucherequipment-Hersteller vorzugehen und um hier unsere Interessen in den Fachausschüssen einzubringen. Zusätzlich war unser Ziel, eine einheitliche Aus- und Weiterbildung zu erarbeiten und den Tauchergruppen anzubieten.

Wir wollten dies aber nicht alleine tun und luden zu den nächsten Veranstaltungen die Taucheinsatzleiter der Bereitschaftspolizei, des Wasser- und Schifffahrtsamtes, der Deutschen-Lebens-Rescue-Gesellschaft und der Wasserwacht des Deutschen Roten Kreuzes ein.

Da es auch über die hessische Landesgrenze hinaus Informationsbedarf gab, wurden die Feuerwehr-Tauchergruppe aus Aschaffenburg und Mainz sofort mit in unser Konzept eingebunden. Inzwischen arbeiten wir auch mit den Berufsfeuerwehren Mannheim und Würzburg eng zusammen.

Diese Konstellation der verschiedensten Tauchergruppen hat bis zum heutigen Tage Bestand und

funktioniert dank der Unterstützung der jeweiligen Dienstherren super. Vorteile hier sind: Kurze Dienstwege, schnelle Reaktionszeiten dank E-Mail usw.

Als erstes wurde eine Bestandsaufnahme aller Tauchergruppen der Feuerwehr, Polizei und Hilfsorganisationen durchgeführt. Das Ergebnis ist das Einsatzhandbuch für alle Leitfunkstellen in Hessen. Dieses Einsatzhandbuch wird jährlich überarbeitet und zeigt dem Einsatzbearbeiter übersichtlich die Adressen der zuständigen Taucheinsatzleiter, Anzahl der Einsatztaucher, Tauchgeräte, Fahrzeuge, Rettungsboote sowie Sonderrettungsgeräten an. Das letzte Treffen der IG-Tauchen fand am 26. Januar 2008 bei der Feuerwehr Bad Hersfeld statt. Diese alljährlichen Treffen an wechselnden Standorten der Tauchergruppen am letzten Samstag im Januar haben einen hohen Informations- und Stellenwert. Die Begrüßung durch Repräsentanten der Feuerwehr und aus dem politischen Umfeld, hier der Bürgermeister, zeigt, wie wichtig doch unsere Arbeit für das Gemeinwohl der Bürger ist. Zur Überraschung aller geladenen Gäste wurde an diesem Tage der neue Taucherwagen der Feuerwehr Bad Hersfeld in Dienst gestellt.

Durch die Referenten wurden folgende Themen erörtert und abgearbeitet: Lehrtäucherweiterbildung 2007 an der Hessischen Polizeischule in Wiesbaden. Sichere Defibrillation an der Einsatzstelle und sichtbare Todesfeststellung bei ertrunkenen Personen. Technische Hilfsmittel zur Suche von Personen und Gegenständen unter Wasser. Übungstauchen in, an Bundeswasserstraßen, Hafenanlagen, Schiffen und bei starker Strömung. Dehydratation bei eingesetzten Tauchern an der Einsatzstelle und im Übungsbetrieb. Erstellung einer Lehrtäucherkartei.

Aufarbeitung eines Tauchunfalles im Jahr 2007.

Die Lehrunterlagen der Referenten konnten anschließend von den Teilnehmern heruntergeladen werden.

Folgende Termine wurden wahrgenommen:

Am 2. Februar folgten wir einer Einladung der Druckkammerzentren Rhein-Main-Taunus GmbH in Wiesbaden zum Thema Hyperbare Sauerstofftherapie. Unterthemen waren: Tauchen und Taucherunfall, HBO-Therapie bei Problemwunden, diabetischer Fuß und Schlaganfall.

Am 8. April lud der Ausschuss für Technik des Landesfeuerwehrverbandes und der AGBF Hessen zu sei-



ner gemeinsamen Sitzung nach Limshain ein. Von unserer Seite wurde die Problematik bei der Beschaffung von Rettungswesten für den Einsatzdienst vorgetragen (Beschaffung, Art und Auftrieb und der Folgekosten). Zusätzlich wurde das anwesende Gremium über die Beschaffung von Prüfgeräten für die neuen Tauchgeräte informiert.

Am 19. April folgte ich der Einladung zu dem jährlichen Treffen der Lehrtaucher der DLRG in Wiesbaden in der DLRG-Schulungsstätte Hessen Süd.

Am 25. und 26. April Teilnahme bei den Taucher-Tagen 2008 in Aufkirchen. In diesem Rahmen fand eine internationale Informationsveranstaltung für Tauchdienstleister von Hubertus Bartmann statt.

Hier eine kleine Auswahl der Themen:

- Orthopädische Aspekte beim Tauchen,
- Dekompression,
- Tauchen in kontaminierten Gewässern,
- Gefahrgutrecht,
- Kälteschutz beim Tauchen,
- Einfluss europäischer Richtlinien und nationaler Verordnungen auf Tauchgeräte.

Am 8. Mai: Einladung zur Sitzung des AK Tauchdienstleister in NRW nach Düsseldorf.

Thema war unter anderem: Ausbildung der Lehrtaucher, Erstellung eines Infoblattes als Checkliste für Einsatzkräfte, Feuerwehreinsatzpläne für Gewässer.

Am 9. Mai fand bei der Berufsfeuerwehr Frankfurt (Main) eine Taucherprüfung statt. Fünf Taucher und ein Lehrtaucheranwärter der Bereitschaftspolizei Kassel sowie der Berufsfeuerwehr Frankfurt stellten sich der Prüfungskommission mit Erfolg. Die Ausbildung für den Lehrtaucheranwärter der Bereitschaftspolizei fand bei der Berufsfeuerwehr Frankfurt (Main) statt.

Am 17. und 18. Mai: Aus- und Fortbildung der Tauchdienstleister der DLRG in der Ausbildungsstätte Hessen-Nord am Edersee.

Am 25. September Sitzung des Fachbeirates des Landesfeuerwehrverbandes Homberg/Ohm Autohof Mücke. Hier Darstellung der IG Tauchen und ihres Aufgabenbereichs.

Am 26. Oktober stellten wir und die Berufsfeuerwehr Frankfurt (Main) die Prüfungskommission und den logistischen Hintergrund für drei Feuer-

wehr-Taucheranwärter der Feuerwehr Fulda. Das gesteckte Ziel wurde mit Erfolg erreicht. Prüfungsaufgabe war hier unter anderem aus einem versenktem LKW-Führerhaus im Main eine verunfallte Person zu bergen.

Am 1. und 2. November fand bei der DLRG in Leeheim ein Deichsicherungslehrgang mit Praxis statt. Zu diesem Lehrgang konnten sich zum ersten Mal alle Tauchgruppen die in der IG Tauchen vertreten sind anmelden.

Zu unserem Leistungskatalog kommt noch hinzu:

- Schnelle Information aller Taucherguppen bei Defekten an Tauchgeräten und Zubehör.
- Schnelle Information zu Aus- und Fortbildungsveranstaltungen.
- Hilfestellung bei der Wartung der Tauchgeräte 1. und 2. Stufe plus Zubehör.
- Schnelle Weitergabe von Terminen für Veranstaltungen
- Unterstützung bei Problemen in der Tauchgruppe, personelle Unterstützung bei Veranstaltungen, usw.

Volker Korduan  
Sprecher der IG Tauchen  
in Hessen

## SG Rettungshunde-Ortungstechnik im LFV Hessen

In der zurückliegenden Berichtszeit gab es wieder reichhaltige Aktivitäten im Fachbereich der Rettungshunde-Ortungstechnik (RHOT) im LFV Hessen.

Aktivitäten im Jahr 2007/2008:

Hauptaufgabe war die praktische Anwendung und Umsetzung der Mindeststandards für die Rettungshunde-Ortungstechnik.

RH - Prüfungen:

- Internationaler Einsatztest für Rettungshundeteams, vom 6. bis 12. November 2007 in Ljubljana/Slovenien.
- Drei Teilnehmer der Feuerwehr Wiesbaden konnten mit Erfolg nach den UN INSARAG Standards als RH-Team für den internationalen Katastropheneinsatz zertifiziert werden. Der internationale Einsatztest ist ein Sichtungungsverfahren nach der UN INSARAG-Methodenlehre, um die besten Rettungshundeteams aus den Nationen zu finden, die im Bedarfsfall einen internationalen Beistand nach verheerenden Katastrophen, wie Erdbeben und dgl. im Staatenverbund der Vereinten Nationen leisten wollen.
- Vier RH 2-Prüfungen für Rettungshundeteams der Feuerwehren im LFV Hessen;
- Eine RH 3-Prüfung für Rettungshundeteams der Feuerwehren im LFV Hessen

- Eine RH 2-Prüfung für Rettungshundeteams der Feuerwehren im LFV Baden-Württemberg/Neckar-Odenwald-Kreis (Feuerwehr Buchen)
- Teilnahme an der Deutschen Meisterschaft für Diensthundeführer – Fachbereich Rettungshunde in Wittstock an der Dosse.
- Eine Teilnehmerin der Feuerwehr Wiesbaden konnte den zweiten Platz in der Prüfungssparte RH 2 Fläche A belegen.

RHOT-Einsatzübung

Vom Donnerstag, den 15. Mai 2008 bis Sonntag, den 18. Mai 2008 in Wetringen-Rothenberge (zwischen Münster und Osnabrück). Ziel der Übung war, dass Rettungshundeteams zusammen mit technisch ausgerüsteten Einheiten der Feuerwehren trainieren und sich im Rahmen einer internationalen Einsatzübung gegenseitig kennen lernen.

Seminare

- Sieben Fortbildungsseminare für RHOT-Einheiten in Hessen;
- Teilnahme am Team-Leader-Meeting der UN in Birmingham (UK);
- Teilnahme an internationalen Übungsleiterseminar der Trümmer- und Flächensuche in Ulrichsberg/Österreich;

- Teilnahme an zwei AK-RHOT-Sitzungen im DFFV.

Nach wie vor ist das Thema Rettungshunde-Ortungstechnik ein kaum beachtetes Fachgebiet im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes und wir müssen weiterhin an der allgemeinen Akzeptanz und den Notwendigkeiten von speziellen Maßnahmen der Such- und Rettungshilfen im Rahmen der Allgemeinen Hilfe und im Katastrophenschutz arbeiten.

Ist aus den Verhältnissen der Aufgabenträger erst einmal bestimmt, was die Feuerwehren und ihre untergeordneten Fachdienste in der Allgemeinen Hilfe und im Katastrophenschutz umsetzen sollen, was sie können müssen und wie viel, so ist der Weg zur Ausführung und Umsetzung leicht dazu gefunden.

Es ist die Vielschichtigkeit der Aufgabe in der Allgemeinen Hilfe und im Katastrophenschutz, die uns zu neuen Überlegungen motivieren. Es müssen eine Reihe von Gefährdungspotentialen und deren Zusammenhänge zu notwendigen und überlebenswichtigen Einsatzsystemen betrachtet werden. Die Feuerwehren müssen »Sicherheitssysteme für den Notfall« haben!

Daher müssen wir die Kräfte der Allgemeinen Hilfe und der Katastrophenabwehr ständig vorbereiten und alle Vorbereitungen müssen

ständig aktualisiert werden; auch im Hinblick auf die sich ändernde Gefährdungspotentiale.

Was den Feuerwehren – als Werkzeug der Hilfe für oder im Notfall – eigentümlich bleibt, bezieht sich auf die Kreation besonderer Mittel und Handlungen zu den Notwendigkeiten. Hier sehen wir unsere Aufgaben auch im kommenden Jahr.

*Andreas Quint  
Beauftragter für das  
Rettungshundewesen*



## Die 16. Staffel der Auszeichnungen zum Förderschild »Partner der Feuerwehr«

Die 16. Staffel der Auszeichnungen zum Förderschild »Partner der Feuerwehr« wurde von Juli 2008 bis Dezember 2008 in den Landkreisen an nachstehende Firmen vergeben:

Autohaus Fiege OHG	Hofgeismar	Kassel
Janson Chr. GmbH Landtechnik	Diemelsee-Adorf	Waldeck-Frankenberg
Merhof Automobile	Diemelsee-Adorf	Waldeck-Frankenberg
Helmut Klöser GmbH & Co Bauunternehmung	Diemelsee-Adorf	Waldeck-Frankenberg
Otto Wilke Elektro-Sanitäranstallation Heizungsbau	Diemelsee-Adorf	Waldeck-Frankenberg
Raiffeisen Waldeck-Marsberg GmbH	Diemelsee-Adorf	Waldeck-Frankenberg
Autohaus Olaf Straube	Diemelsee-Adorf	Waldeck-Frankenberg
Fleischerei Reiner König	Diemelsee-Adorf	Waldeck-Frankenberg
Opel - Autohaus Röse	Burgwald	Waldeck-Frankenberg
Metzgerei Gerth	Solms-Oberndorf	Lahn-Dill
Finger Haus GmbH	Frankenberg / Eder	Waldeck-Frankenberg
Autohaus Beil	Frankenberg / Eder	Waldeck-Frankenberg
Hettich International Druck und- Spritzgusswerk GmbH & Co KG	Frankenberg / Eder	Waldeck-Frankenberg
Dickert Elektronik GmbH	Frankenberg / Eder	Waldeck-Frankenberg
Deutsche Post AG Internationales Postzentrum 2	Niederaula	Hersfeld-Rotenburg
TLT Turbo GmbH	Bad Hersfeld	Hersfeld-Rotenburg
Schreiner Dihn	Kronberg im Taunus	Hochtaunus
Elektrotechnik Nuhn	Kronberg im Taunus	Hochtaunus
Ph. Gante und Söhne GmbH	Wolfhagen	Kassel
Elkamet Kunststofftechnik GmbH	Biedenkopf	Marburg-Biedenkopf
Peikko Deutschland GmbH	Waldeck	Waldeck-Frankenberg
Ingenieur-Büro Neumann Vermessung-Geodatenservice	Groß-Zimmern	Darmstadt-Dieburg
Bäckerei Dölcher	Groß-Zimmern	Darmstadt-Dieburg

**Der Landesfeuerwehrverband Hessen**

**wird unterstützt durch die**



**SparkassenVersicherung**

# Auswirkungen des UVMG auf Mitglieder und Versicherte der Unfallkasse Hessen

### Was bleibt, was ändert sich?

Das Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Unfallversicherung (Unfallversicherungsmodernisierungsgesetz – UVMG) hat die politischen Hürden genommen. Es wird voraussichtlich zum 1. Oktober 2008 in Kraft treten. Das Gesetz hat nicht nur einen langen Namen – es steckt auch einiges drin. Neben einigen Neuerungen, die insbesondere den gewerblichen Unternehmen Verbesserungen bringen, enthält das UVMG neue bürokratische Regelungen, die der Gesetzgeber trotz der Warnungen von Unfallkassen und Berufsgenossenschaften durchgesetzt hat. Welche Auswirkungen hat die Reform nun konkret auf Versicherte und Mitglieder der Unfallkasse Hessen?

### Was bleibt

Die guten Nachrichten zuerst: Das UVMG beinhaltet für die Versicherten der Unfallkasse Hessen keinerlei Einschränkungen beim Versicherungsschutz. Auch am Leistungskatalog wurde nichts verändert. Der Wegeunfall bleibt versichert. Die Bestandsrenten aus der Unfallversicherung werden weiter in der bisherigen Form gezahlt. Auch zukünftige Leistungen werden nach dem bisher geltenden Recht berechnet.

Auch für die UKH selbst ergeben sich durch das UVMG keine wesentlichen Veränderungen. Wir bleiben die »Berufsgenossenschaft für den öffentlichen Dienst« in Hessen und versichern weiterhin mehr als zwei Millionen Bürger unseres Bundeslandes. Erneut zeigt sich jetzt, wie richtungsweisend die Entscheidung der damaligen Landesregierung im Jahr 1998 war, eine einzige Unfallkasse für Hessen zu errichten. Fusionen, die durch das UVMG jetzt bei Berufsgenossenschaften und Unfallkassen anstehen, haben wir bereits vor zehn Jahren erfolgreich gemeistert.

### Die wichtigsten Änderungen aus Sicht unserer Kunden

Für die Mitglieder der Unfallkasse Hessen bringt das UVMG leider einige unangenehme Veränderungen, denn das neue Meldeverfahren bedeutet aus unserer Sicht zusätzliche

Belastung und neue Bürokratie – auch für die »öffentlichen« Arbeitgeber in Hessen.

### Versicherungsschutz

Beim Kreis der versicherten Personen gibt es mit der Möglichkeit der freiwilligen Versicherung eine geringfügige Erweiterung. Bereits seit dem Jahr 2005 können sich gewählte Ehrenamtsträger in gemeinnützigen Organisationen freiwillig gesetzlich versichern. Voraussetzung ist ein offizielles Wahlamt, das in der Satzung der jeweiligen Organisation verankert sein muss. Aber auch außerhalb eines Wahlamtes übernehmen Vereinsmitglieder aufgrund besonderer Aufträge ehrenamtliche Verantwortung. Mit der jetzt vorgenommenen Ergänzung wird auch diesen Personen die Berechtigung zur freiwilligen Versicherung eingeräumt.

»Beauftragte Personen« in gemeinnützigen Organisationen, wie Jugendtrainer, Betreuer oder Platzwarte in Vereinen, können sich zukünftig freiwillig bei der für die Organisation zuständigen Berufsgenossenschaft oder Unfallkasse versichern. Auch Personen, die sich ehrenamtlich für politische Parteien engagieren, haben jetzt die Möglichkeit der freiwilligen Versicherung.

### Leistungsrecht

Ursprünglich wollte die Regierung die Forderung der Unfallversicherungsträger aufgreifen, das Leistungsrecht zielgenauer auszugestalten. Was davon übrig blieb, ist eine geringfügige Klarstellung zur Erstattung von Sachschäden für Mitglieder von Hilfeleistungsorganisationen.

Bisher bestand (zum Beispiel für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren in Hessen) ein unmittelbarer Anspruch auf Erstattung der Sachschäden gegenüber der Unfallkasse Hessen. Parallel dazu sind die hessischen Gemeinden nach dem »Hessischen Gesetz für den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG)« verpflichtet, Sachschäden von Feuerwehrangehörigen zu ersetzen.

Das UVMG stellt klar, dass der Anspruch eines Feuerwehrangehörigen gegen seine Kommune Vorrang vor den Leistungen aus der gesetzlichen Unfallversicherung hat. An der Höhe der Leistungen und an der Schadensabwicklung wird sich – zu-

mindest für die hessischen Feuerwehreute – nichts ändern. Sachschadensmeldungen werden nach in Kraft treten des UVMG vorrangig vom Kommunalversicherer bearbeitet. Bisher hat die Kommunalversicherung solche Schäden im Auftrag der UKH abgewickelt.

### Arbeitsschutz

Ein weiteres wesentliches Element des Gesetzentwurfs betrifft das duale Arbeitsschutzsystem. Der an staatliche Arbeitsschutzbehörden und Unfallversicherungsträger gemeinsam gerichtete Handlungsauftrag soll fortentwickelt und auf eine moderne rechtliche Grundlage gestellt werden. Dies entspricht verbindlichen internationalen und europäischen Vorgaben.

Die Beteiligten am Arbeitsschutzsystem in Deutschland, insbesondere der Bund, die Länder und die Unfallversicherungsträger, werden durch die Neuordnung verpflichtet, die Wahrnehmung ihrer Aufgaben strategisch neu auszurichten. Ziel ist es, ein abgestimmtes einheitliches Handeln aller Beteiligten in vereinbarten Handlungsfeldern nach gemeinsamen Grundsätzen und in abgestimmten Programmen zu erreichen. Diese Aufgabe soll mit der Entwicklung einer gemeinsamen deutschen Arbeitsschutzstrategie erfüllt werden.

### Meldeverfahren

Die wesentlichsten Änderungen bringt das UVMG für die Mitglieder von Berufsgenossenschaften und Unfallkassen beim Meldeverfahren.

Mit dem »2. Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der Mittelständigen Wirtschaft (MEG II)« wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2010 die Betriebsprüfung der Unfallversicherung auf die Rentenversicherung übertragen. Ziel der Regelung soll eine Entlastung der Unternehmen durch die Abschaffung von Doppelprüfungen sein. Die Art und Weise der Umsetzung wurde im MEG II allerdings nicht geregelt. Dies wird nun mit dem UVMG nachgeholt.

### Personenbezogene Meldungen werden Pflicht:

Zukünftig sind die Arbeitgeber verpflichtet, im Rahmen der personenbezogenen Meldungen für den Ge-



samtsozialversicherungsbeitrag (Datenerhebungs- und Übermittlungsverfahren – DEÜV) der Einzugsstelle auch Angaben zum zuständigen Unfallversicherungsträger, der dortigen Mitgliedsnummer, der Gefahraristelle sowie zum unfallversicherungspflichtigen Entgelt zu machen (»Datenbaustein UV« – DBUV).

Die Angaben dienen dem Aufbau einer Prüfdatei, die Grundlage der Betriebsprüfungen der Rentenversicherung (DRV) für die Unfallversicherung sein wird. Diese Verpflichtung soll auch dann bestehen, wenn sich die Beiträge – wie bei der Unfallkasse Hessen – für die gemeldeten Personen nicht nach dem Arbeitsentgelt, sondern nach anderen Faktoren (Kopf- oder Einwohnerzahl, Gesamtumlage o. a.) richten, obwohl in diesen Fällen keine Betriebsprüfung der Rentenversicherung für die Unfallversicherung stattfindet.

Die UKH erhebt die Beiträge nicht auf der Grundlage von Lohnsummen. Bei uns bilden Einwohnerzahlen, Schülerzahlen oder Anzahl der Vollzeitbeschäftigten die Basis für die Beitragsberechnung. Darum werden unsere Mitglieder auch zukünftig nicht durch die DRV geprüft. Der Beratungs- und Prüfdienst der Unfallkasse Hessen prüft die beitragsrelevanten Daten auch zukünftig selbst.



## Zusätzliche Bürokratie und Kosten:

Dennoch müssen auch unsere Mitglieder die oben beschriebenen Meldepflichten erfüllen. Leider ergeben sich durch dieses neue Verfahren, auch für die öffentlichen Arbeitgeber in Hessen, gravierende Nachteile. Sie müssen den Datenbaustein UV – DBUV erwerben und in ihr Meldeverfahren an die Einzugsstellen integrieren, ohne dass dadurch ein Nutzen für den Arbeitgeber, die Unfallkasse oder die Rentenversicherung entsteht.

Wegen der Erweiterung des DEÜV werden aus Sicht der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung die eigentlichen Ziele von MEG II und UVMG – nämlich Bürokratieabbau und Beitragsgerechtigkeit – völlig verfehlt. Aufwand und Kosten werden in die Höhe getrieben, ohne dass dem auch nur der geringste Nutzen gegenübersteht.

Mit Wirkung vom 1. Januar 2009 werden die Pflichten der Arbeitgeber im Rahmen des DEÜV-Meldeverfahrens um die Verpflichtung zur Meldung folgender Angaben erweitert:

- Mitgliedsnummer des Unternehmens
- Betriebsnummer des Unfallversicherungsträgers
- unfallversicherungspflichtiges Entgelt jedes Arbeitnehmers und dessen Zuordnung zu einer Gefahraristelle sowie
- geleistete Arbeitsstunden

## Insolvenzgeldumlage

Arbeitnehmer erhalten im Falle der Insolvenz ihres Arbeitgebers Insolvenzgeld als Ausgleich für offene Entgeltansprüche. Es wird von der Bundesagentur für Arbeit an die Berechtigten gezahlt. Bisher ziehen die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung diese Umlage für die Bundesagentur ein. Sie hatten gewissermaßen die Funktion von Inkassostellen.

Zukünftig werden die Einzugsstellen der Krankenkassen diese Umlage zusammen mit dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag einziehen und an die Bundesagentur für Arbeit weiterleiten. Der Beitrag zum Insolvenzgeld ist also ab dem Jahr 2009 monatlich mit dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag an die Einzugsstellen der Krankenkassen zu überweisen.

## Eine Reform mit Plus und Minus

Das UVMG – eine Reform mit zukunftsweisenden Veränderungen, aber auch mit zusätzlicher Belastung und neuer Bürokratie für Arbeitgeber. Wir werden unsere Mitglieder bei der Umsetzung der neuen Meldepflichten beraten und unterstützen. Unsere Spezialisten in der Mitgliederbetreuung stehen für Fragen und ergänzende Informationen gerne zur Verfügung. Bitte wenden Sie sich an Alexandra Rebelo (a.rebelo@ukh.de) und Hans-Jürgen Keller (j.keller@ukh.de).

Alex Pistauer (Telefon 0 69/2 99 72-300)  
a.pistauer@ukh.de

# Das UVMG – Änderungen für die UKH

## I.) Zusammenfassung/Bewertung:

Das UVMG stimmt im Wesentlichen mit dem vorangegangenen Arbeitsentwurf überein, aber einige Verbesserungen sind im jetzigen Referentenentwurf enthalten. Zu nennen sind insbesondere der Verzicht auf die Verkörperschaftung des Spitzenverbandes und das Fallenlassen des gesetzlichen Einsparziels von 20 % Verwaltungskosten in einer bestimmten Frist.

Wie bereits bekannt, befasst sich das Gesetz nur mit dem organisationsrechtlichen Teil. Das Leistungsrecht wurde abgekoppelt und wird in dieser Legislaturperiode wohl nicht mehr aufgegriffen. Die meisten großen Änderungen betreffen originär den gewerblichen Bereich (z.B. Lastenausgleich). Uns lässt das Gesetz im Großen und Ganzen glücklicher Weise ungeschoren.

## II.) Die wichtigsten Neuregelungen aus dem UVMG für die UKH:

### 1. §§ 2 und 6 – Erweiterungen im versicherter Personenkreis

#### - § 2 Abs.1 Nr. 16 – Häuslebauer

Neuregelung ist eine Konsequenz aus der Föderalismusreform, die jetzt den Ländern die Gesetzgebungskompetenz im Wohnungswesen zuweist. Gegenüber dem bisherigen Recht werden künftig auch Personen versichert, die nach landesrechtlichen Bestimmungen bei der Schaffung von Wohnraum Selbsthilfe im Bereich des geförderten Wohnraums leisten.

#### - § 6 Abs. 1 Nr.3 – Gewählte Ehrenamtsträger in gemeinnützigen Organisationen

Bisherige Regelung knüpft an ein in

der Satzung der jeweiligen Organisation offizielles Wahlamt ein, was den begünstigten Personenkreis stark einschränkt. Ab jetzt können sich auch Personen die aufgrund besonderer Aufträge große Verantwortung übernehmen freiwillig versichern.

#### - § 6 Abs.1 Nr. 5 (neu)

Jetzt können sich auch Personen die sich für politische Parteien ehrenamtlich engagieren freiwillig versichern

### 2. § 13 – Sachschäden bei Hilfeleistungen

Der Anspruch auf Sachschadensersatz nach § 13 für die Mitglieder von Hilfeleistungsorganisationen (überwiegend Angehörige der freiwilligen Feuerwehr) ist künftig subsidiär, soweit eine Doppelzuständigkeit (z. B. Ersatz

nach Landesbrandschutzgesetz/Feuerwehrgesetz) besteht.

### 3. § 14 Abs.3 (neu) – GDA

Die neue Vorschrift verpflichtet uns an der Entwicklung, Umsetzung und Fortführung der gemäß deutschen Arbeitsschutzstrategie teilzunehmen. Das UVMG erweitert das Arbeitsschutzgesetz um entsprechende Regelungen zur GDA.

### 4. § 15 – UVV'en

§ 15 erhöht die Barrieren für den Erlass von UVV'en und schränkt die Rechtsetzungskompetenz für uns enorm ein. UVV'en müssen mit der DGUV abgestimmt und vom BMAS genehmigt werden. An der Genehmigung werden stringente Voraussetzungen geknüpft; u. a. muss der UVT Zweckmäßigkeitsgründe ausführlich darlegen und begründen. Der Erlass ist letztendlich immer abhängig von der Beurteilung der Zweckmäßigkeit durch das BMAS.

### 5. »Moratoriumslösung« weiterhin befristet

Rechtlich selbstständige Unternehmen der Länder und Kommunen bleiben, zumindest bis 2011, in unserer Zuständigkeit.

### 6. § 69 Abs.5 SGB IV – Benchmarking

Durch die Ergänzung des § 69 Abs. 5 SGB IV werden wir zukünftig zur Durchführung eines Benchmarkings verpflichtet.

### 7. § 185 Abs. 2 (neu) – Gemeinsame Umlagegruppen

Die neue Regelung erlaubt die Bildung einer gemeinsamen Umlagegruppe für rechtlich selbstständige Unternehmen der Kommunen und der Länder.

### 8. § 166 Abs. 2 und 3 (neu) – Beitragsüberwachung

Die Neuerungen setzen das zweite Mittelstandsentlastungsgesetz um. Die Betriebsprüfung wurde auf die Rentenversicherung übertragen. In dem neuen Abs. 3 wird die Pflicht zur

Kostentragung durch die UV-Träger geregelt.

- in Kraft treten: 01.01.2010

### 9. §§ 171 – 172 c SGB VII - Vermögensrecht

Konsequenzen:

- Neuer Betriebsmittelhöchstbetrag (12-Monatsausgaben bestimmter Konten – die neue Obergrenze soll bis zum 01.01.2010 erreicht sein gem. § 219 a VII)
- Überführung nicht liquider Betriebsmittel in ein Verwaltungsvermögen
- Bildung von Altersrückstellungen aus liquiden Betriebsmitteln

- in Kraft treten: 01.01.2010

### 10. §§ 358 ff. SGB III – Insolvenzgeldumlage

Der Einzug wird künftig den Einzugsstellen der Kr für den Gesamtsozialversicherungsbeitrag übertragen.

- in Kraft treten: 01.01.2009

## Herzlichen Glückwunsch

Zu den Geburtstagen gratuliert der Landesfeuerwehrverband ganz herzlich:

### 40 Jahre

Karin Plehnert-Helmke  
Landessprecherin der Frauen  
Melsungen-Röhrenfurth

### 40 Jahre

Lars Schäfer  
Kreisbrandinspektor, Marburg

### 50 Jahre

Manfred Hankel  
Kreisfeuerwehrverbandsvorsitzenden, Edertal-Hemfurth

Heinz Walter  
Stadtbrandinspektor, Offenbach

Rolf Schamberger  
Leiter Deutsches Feuerwehrmuseum, Lauterbach

### 55 Jahre

Diedrich E. Backhaus  
Direktor Hessischer Städte- und Gemeindebund, Mühlheim

Karl-Heinz Krüft  
Branddirektor, Kassel

### 60 Jahre

Heinz Fromm  
Staatssekretär a. D., Vellmar

Jürgen Maus  
Grünberg-Lardenbach

### 65 Jahre

Erika Lotz  
MdB a. D., Leun

Bernd Götz  
Stadtbrandinspektor a. D.  
Wiesbaden

Rolf Höhme  
Vereinigung der Hessischen Unternehmervverbände e. V.  
Frankfurt (Main)

Dr. Wilhelm Bing  
Korbach

### 70 Jahre

Hans Wagner  
Stadtbrandinspektor a. D.  
Frankfurt (Main)

Paul Schick  
Stadtbrandinspektor a. D.  
Weisenheim am Sand

### 80 Jahre

Günter Vogt  
Kreisbrandinspektor a. D.  
Friedberg

Georg Knöbel  
Stadtbrandinspektor a. D.  
Darmstadt

### 85 Jahre

Heinrich Alt  
Kreisbrandinspektor a. D.  
Lauterbach

### 90 Jahre

Hanns-Heinz Bielefeld  
Staatsminister a. D., Wiesbaden

### Zur Ernennung / Zur Wahl

Zum Vorsitzenden des  
Kreisfeuerwehrverbandes  
Hersfeld-Rotenburg  
Thomas Specht  
Wildeck

Zum Vorsitzenden des  
Kreisfeuerwehrverbandes  
Groß-Gerau  
Friedrich Schmidt  
Rüsselsheim

### Herzlichen Glückwunsch

# Gesellschaftliche Integration: schon vor 60 Jahren ein Thema

Als eines der brennenden Probleme der Gegenwart thematisieren Politik und Medien die Integration von Migranten in unsere Gesellschaft. Die Deutsche Jugendfeuerwehr hat hierzu als ihren Beitrag das Integrationsprogramm »Unsere Welt ist bunt« ins Leben gerufen. Doch Integration von Migranten war bereits vor 60 Jahren eine unausweichliche Aufgabe, der sich die junge Bundesrepublik und ihre Feuerwehren stellen mussten.

## 60 Jahre BRD

Juni 1948: mit der Einführung der Deutschen Mark in den drei westlichen Besatzungszonen füllen sich über Nacht die Schaufenster und ein Wirtschaftswunder ungeahnten Ausmaßes beginnt. Nur ein knappes Jahr später wird am 23. Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Zum Erfolg dieses jungen Teilstaates auf deutschem Boden tragen nicht nur die seit Generationen hier Ansässigen bei sondern auch Millionen vertriebener Menschen, die in der Endphase des 2. Weltkrieges aus den deutschen Ostgebieten vor der anrückenden »Roten« Sowjetarmee geflohen oder kurz nach Kriegsende von dort ausgewiesen respektive zwangsumgesiedelt worden sind.

## Feuerwehren in den ehemaligen Ostgebieten

Unter den Vertriebenen waren auch viele Feuerwehrkameraden, mit deren Vertreibung auch die Existenz Ihrer einstigen Freiwilligen Feu-



*Günter Donath als Schüler in Breslau.*

erwehren in Ostpreußen, Schlesien und im Sudetenland abrupt beendet war. Conrad Dietrich Magirus hatte einst in seinem 1877 in Ulm aufgelegten Standardwerk »Das Feuerlöschwesen in allen seinen Theilen« für Böhmen und Schlesien bereits damals 265 Feuerwehren gelistet.

Ob Feuerwehrmitglied oder nicht, so mancher der Vertriebenen hat in seiner neuen Heimat den Weg in eine bestehende Wehr gefunden oder gar bei der Neugründung einer Wehr mitgewirkt.

## Günter Donath – einer von Vielen

Als Beispiel erzählen wir hier die Geschichte von Günter Donath, geboren am 11. Oktober 1929 in Breslau.

Mit Erreichen des 15. Lebensjahres wird Günter im Oktober 1944 in ein Wehrrerüchtigungslager eingezogen.

Vor der anrückenden »Roten Armee« flieht Günter mit seinem Freund Horst in Begleitung eines französischen Arztes nach Westen. Sie gelangen in ein Auffanglager bei Gießen.

Kurz nach Kriegsende schaut dort ein Landwirt aus Hergersdorf (heutiger Vogelsbergkreis) auf der Suche nach Arbeitskräften vorbei; seinen Schlepper betreibt er aus Mangel an Dieseltreibstoff mit einem Holzvergaser. Mit dem Versprechen von Kost, Kleidung und freier Logis fahren Günter und sein Freund Max mit. In Hergersdorf finden sie eine neue Heimat. Günter lernt hier seine spätere Frau Anna kennen. Er heiratet die Arbeiter-tochter, deren Vater als Soldat bei Smolensk gefallen war, 1956.

Bereits 1950 hat er sich als Gründungsmitglied einer Freiwilligen Feuerwehr in das gesellschaftliche Leben des kleinen Dorfes (2008: 194 Einwohner) aktiv eingebracht.

Neben Günter Donath verzeichnet das Gründungsprotokoll dieser aus einer Pflichtfeuerwehr hervor gegangenen neuen Freiwilligen Feuerwehr (heute FF Schwalmthal-Hergersdorf) sieben weitere Heimatvertriebene: Erich Partsch, Richard Lochow, Walter Olamünde, Karl Worm und sein Sohn Karl Worm II, Wilhelm Kieweg sowie A. Zabke, letzterer ein im Dorf »hängen gebliebener« Soldat der deutschen Wehrmacht. Acht von insgesamt 42 Gründungsmitglieder waren Migranten; das sind stolze 19 Prozent!

Günter Donaths Sohn Willi sollte dem Beispiel seines Vaters folgen; von 1995 bis 2004 bekleidete er das Amt des hessischen Landesjugendfeuerwehrwarts.

## Aufruf

Der Fachausschuss für Brandschutz- und Feuerwehrgeschichte des LFV Hessen hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Rolle der hessischen Feuerwehren bei der Integration der so genannten Heimatvertriebenen näher zu untersuchen. Voraussetzung hierfür ist eine ausreichende Anzahl an Lebensläufen von Vertriebenen, die eine präzisere Aussage ermöglichen.



*Alters-, Einsatz- und Jugendabteilung der FF Schwalmthal-Hergersdorf e.V. im Jubiläumsjahr 2000*



## Gründungs-Protokoll des freiwilligen Feuerwehrs Hergersdorf.

Zeit: Ursprünge des Pflichtfeuerwehrs Hergersdorf  
am 17.1.1950 um 20 Uhr.

Die Männer des Pflichtfeuerwehrs Hergersdorf  
beschlüssen, sich in eine freiwillige Feuerwehr  
umzuwandeln. Zum 1. Vorsitzenden wurde Otto  
Schmidt I. einstimmig gewählt. Zu Stellvertretern  
wurden gewählt: Rolf Schamberger II. Rolf Schamberger,  
Joh. Dörmann. Rolf Schamberger = Rolf Schamberger, J. Dörmann.  
J. Dörmann = Willi Dörmann. Die Vertretung wird weiter  
gewählt.

Es soll eine kleine Liste der freiwilligen  
Feuerwehr Hergersdorf und Namen der  
Vertreter sein:

Rolf Schamberger  
Joh. Dörmann  
Joh. Dörmann

Joh. Dörmann  
Oskar Fink  
Hans Fink  
Friedrich Fink  
Friedrich Fink  
Oskar Fink  
Hans Fink

Hans Fink  
Hans Fink  
Hans Fink  
Hans Fink  
Hans Fink  
Hans Fink

Hans Fink  
Hans Fink  
Hans Fink  
Hans Fink  
Hans Fink  
Hans Fink

Walter Schamberger, Georg Schamberger  
Rolf Schamberger, J. Dörmann  
Otto Schmidt I. R. Schamberger  
Oskar Fink, J. Dörmann

Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann

Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann

Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann  
Hans Fink, J. Dörmann

Die Geburtsjahrgänge, die vor der Ver-  
treibung in 1945 bereits aktive Feuerwehr-  
leute, das heißt damals älter als 18 Jahre  
waren, können wir wohl kaum mehr be-  
fragen; sie müssten vor 1927 geboren sein.  
Die Chance, deren Kinder nach den Er-  
lebnissen ihrer Eltern zu befragen, ist je-  
doch ungleich höher.

## Alters- und Ehrenabteilungen

Gehen wir davon aus, dass ein/e Sie-  
benjährige/r bereits über eine relativ re-  
flektierte Wahrnehmung seiner Umwelt  
verfügt, so kommt für unsere Fragestellung  
die Generation der ab 70jährigen in Be-  
tracht – und hier gilt es, sich in den Alters-  
und Ehrenabteilungen umzuhören.

Schreiben Sie die Erzählungen auf oder  
nennen Sie uns die Kontaktdaten von äl-  
teren Kameraden, mit denen wir gerne  
auch selbst sprechen werden. Helfen Sie  
mit, ein Stück Feuerwehrgeschichte zu  
schreiben.

## Kontakt

Rolf Schamberger, Vorsitzender des  
Fachausschusses für Brandschutz- und  
Feuerwehrgeschichte  
Deutsches Feuerwehr-Museum  
St. Laurentius-Straße 3  
36041 Fulda  
Telefon 06 61/7 50 17  
Mobil 01 70/9 39 07 21  
E-Mail: deutsches-feuerwehr-  
museum@t-online.de

oder die Geschäftsstelle des LFV Hessen  
in Kassel.

Ausschnitt aus dem Gründungsprotokoll der FF Hergersdorf.



Im Fachausschuss »Brandschutz- und Feuerwehrgeschichte« des Landesfeuer-  
wehrverbandes Hessen sind die Fachleute für alle Themen rund um die Histo-  
rie engagiert. Unser Bild zeigt die Ausschussmitglieder (v.l.) Wolfgang Herzog,  
Rolf Schamberger (Leiter DFM, Fulda), Karl-Heinz Merle und Helmut Herth mit  
LFV-Geschäftsführer Harald Popp.



# 50 Jahre Werkfeuerwehrverband Hessen

Mit einem weiteren Höhepunkt wurde das Jubiläumsjahr des Hessischen Werkfeuerwehrverbandes am Dienstag den 21. Oktober 2008 begangen. Unter der Schirmherrschaft des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch fand im Biebricher Schloss in Wiesbaden, die Akademische Feier zu diesem besonderen Geburtstag statt.

Nach der musikalischen Eröffnung durch das Posaunen-Quartett der Wiesbadener Musik- und Kunstschule unter der Leitung von Joachim Tobischall führte Ministerialrat a. D. Erhard Zachertz die Gäste mit einer dynamischen Moderation durch den Festakt.

Mit der Eröffnungsrede durch den Vorsitzenden des WFV Hessen, Karl-Christian Hahn begrüßte er besonders den Hessischen Minister des Innern und für Sport, Staatsminister Volker Bouffier in Vertretung des Schirmherrn. Weitere Grußworte fand er für den Vizepräsident des Deutschen Feuerwehrverbandes und Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Hessen Ralf Ackermann, den Vorsitzenden des Werkfeuerwehrverbandes Deutschland Raimund Bücher, sowie die zahlreichen geladenen Gäste aus Politik, Wirtschaft, Behörden, Hilfsorganisationen sowie den Werkfeuerwehren mit den Geschäftsführern der Mitgliedsunternehmen. Er zeigte sich sehr erfreut über den Besuch und die damit zum Ausdruck gebrachte Verbundenheit zum Hessischen Werkfeuerwehrverband.

Hahn zitierte in seiner Eröffnungsrede die gesetzlichen Forderungen von 1958 die anlässlich der Gründung des WFV Hessen dem Hessischen Innenminister übergeben wurden. Welche dieser Forderungen in den zurückliegenden Jahren umgesetzt werden konnten spiegelte seine interessante Gegenüberstellung wieder.

Die Arbeit der Betriebs- und Werkfeuerwehren wurde in den zurückliegenden 25 Jahren von zwei scheinbaren Gegensätzen geprägt:

- Erfüllung der Vorgaben aus den Gesetzen und dem behördlichen Anerkennungsbescheid.
- Erfüllung einer maximalen Wirtschaftlichkeit der betrieblichen Feuerwehr

Dies ist jedoch kein Widerspruch – nur ein sicherer Betrieb kann auch ein wirtschaftlicher Betrieb sein. Und je

mehr Qualität und Termintreue vom Betrieb verlangt wird, desto mehr schmerzt jede Störung. Schon lange haben dies die betrieblichen Wehren erkannt und daher sind

- präventive Themen aus Arbeitsschutz, Umweltschutz und natürlich vorbeugendem Brand- und Explosionsschutz genauso wichtig wie der Erfahrungsaustausch nach Bränden, Explosionen und Unfällen aller Art
- Betriebs- und Werkfeuerwehren sind innerbetrieblich oft »Mädchen für alles«, oder modern ausgedrückt, die »Rückfallebene«, wenn sie aufgrund ihrer spezifischen Orts- und Anlagenkenntnissen, mit ihrem technischen Gerät und mit Man-Power technischen Störungen beheben.

»Mögen auch die Mitgliedsfirmen untereinander teilweise Konkurrenten auf dem Markt sein«, so der Vorsitzende Karl-Christian Hahn, »in Fragen des Brandschutzes gilt dies nicht – ein breiter Austausch an Fachinformationen, an guten wie schlechten Einsatzerfahrungen und Erkenntnisse aus Erprobungen neuer Brandschutztechniken prägen die interne Verbandsarbeit. Dies bringt die Mitglieder gemeinsam voran.

Standen früher Fragen im Vordergrund wie überhaupt der betriebliche

Brandschutz technisch, organisatorisch und personell auszurüsten und zu betreiben sei, stehen heute also Arbeitsschutz, Umweltschutz, vorbeugender Brand- und Explosionsschutz, Löschmittel- und Verfahren, technische Rettungsgeräte und immer die Wirtschaftlichkeit, inklusive heißer Themen wie »Chancen und Risiken eines Feuerwehr-Outsourcing« ganz oben auf der Themenliste.«

## Weit gespanntes Aufgabengebiet

Die Felder auf denen der WFV Hessen heute und in Zukunft tätig ist, sind weit gespannt – es genügt nicht mehr allein mit dem Innenministerium eine Denkschrift zu beraten und möglichst viel davon in lokale Gesetzgebung einfließen zu lassen. Berlin und Brüssel haben gleiche Priorität oder besser gleiche Brisanz. Dies alles kann ein Werkfeuerwehrverband eines Bundeslandes nicht alleine gestalten, daher ist eine Mitgliedschaft im

- Landesfeuerwehrverband Hessen
  - Werkfeuerwehrverband Deutschland und in der
  - Vereinigung hessischer Unternehmerverbände.
- von enormer Wichtigkeit.



Hochkarätige Gäste lauschten der musikalischen Umrahmung bei der akademischen Feier.



Die ersten beiden bringen die aktuellen Informationen über das fachliche Geschehen und die nationale Entwicklung, letztgenannte die aktuelle fachpolitische Entwicklung von Wiesbaden über Berlin bis Brüssel.

Und alle drei wiederum die Möglichkeit sich einzubringen in die Entwicklungen – die entspricht auch den Inhalten der Satzung und somit der Daueraufgabe: der Förderung und Weiterentwicklung des betrieblichen Brandschutzes und der Interessenvertretung der Mitglieder.

Die hessischen Betriebs- und Werkfeuerwehren schützen Milliarden Euro an Sachwerten und tausende von Arbeitsplätzen, die ohne eine betriebliche Feuerwehr, mit hervorragenden Orts-, Anlagen- und Stoffkenntnissen in dem dicht besiedelten Deutschland sonst nicht produzieren könnten. Und ohne Produktion in Deutschland, ohne den Industriepflichtort Hessen, gibt es keinen erfolgreichen Dienstleistungssektor.

Besonders kritische Worte fand der Vorsitzende in diesem Zusammenhang für die Vermarktung dieser Leistungen der Werkfeuerwehr: »Vielleicht liegt es ja an diesem fehlenden Selbstmarketing, dass öffentliche Feuerwehren die speziellen Geräte und Kenntnisse der Betriebs- und Werkfeuerwehren nicht kennen und deshalb nicht oder erst spät anfordern?

Vielleicht ist dies auch der Grund dafür, dass an Werkfeuerwehren behördliche Anforderungen an den Erfüllungsgrad gestellt werden, die

kaum eine öffentliche Feuerwehr einhält.

Das Ansehen der Werkfeuerwehren bei Bevölkerung und Behörden, das Wissen dort über die Leistungsfähigkeit und die täglichen kleinen und großen Erfolge im Kampf gegen die Bedrohungen der Unternehmen durch Brand, Explosion, Unfälle und Unwetter sind doch sehr begrenzt.«

Mit den Worten das die Verbandsarbeit nach innen wirkungsvolle Veränderung zu lässt und nach außen gerichtet eine kooperative Zusammenarbeit mit anderen Verbänden im Brandschutz und den Behörden begangen wird beendete Karl-Christian Hahn seine Begrüßungsrede.

### Flammende Festrede

In seiner flammenden Festrede »Betrieblicher Brandschutz im Wandel der Zeit« gab der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Werkfeuerwehrverbandes, Bernhard Tschöpe, einen chronologischen Abriss zur Entstehungsgeschichte des Werkfeuerwehrverbandes in Hessen. Durch die Industrialisierung in Deutschland entstanden Ende des 18. Jahrhunderts auch größere Werke der chemischen und Hütten-Industrie, Betriebe der maschinenbauenden, elektro-, textil- oder holzverarbeitenden Industrie.

Wann es nun genau zur Gründung der ersten Werkfeuerwehr kam, ist in der Literatur umstritten. Fest steht, dass bereits als eine der ersten freiwilligen Werkfeuerwehren im Jahre

1831 die Fabrikfeuerwehr der K. K. Tabakfabrik in Schwarz/Tirol aufgeführt wird.

Damals bereits unterschied man, wie heute, in nebenberufliche Werkfeuerwehren mit Personal, dessen eigentliche Aufgabe in anderen Bereichen des Unternehmens zu finden ist, das aber im Notfall freiwillig zur Verfügung steht, um Hilfe zu leisten sowie in hauptamtliche Werkfeuerwehren, die besonders in größeren Werken aufgestellt wurden, insbesondere dann, wenn die öffentlichen Ortsfeuerwehren in einer größeren Entfernung zum Werk lagen.

Die Beschäftigung mit der Art der in diesen Industriebereichen entstehenden Risiken war Voraussetzung für einen wirkungsvollen Brandschutz. Nur dann konnte bei allen auftretenden Brandfällen und Vorkommnissen schnellsten mit Erfolg eingegriffen werden.

Nicht verwunderlich, dass gegen 1863 in der feuergefährlichen Fabrik von Meister Lucius & Brüning (später Fa. Hoechst) in Frankfurt (Main), die Beschaffung von Feuerwehrgeräten und die Ausbildung einer Löschmannschaft begann.

Neben den speziellen Geräten für die Brandbekämpfung waren es die besonderen Kenntnisse und Maßnahmen für den Feuerschutz in den Werken die an Bedeutung zunahmten.

Hierzu gehörten insbesondere das Kennen von Anlagen und Einrichtungen, das Wissen über Örtlichkeiten und Eigenarten von Gebäuden, von Explosionsgefahren und Gasentwicklungen in chemischen Betrieben, von Ansammlungen größerer Mengen leicht brennbarer Stoffe.

Bis die Betriebs- und Werkfeuerwehren sich auf ein gemeinsames Agieren einigen konnten, verging noch einige Zeit. In Düsseldorf nahm die Auskunfts- und Zentralstelle (A & Z Stellen für Leiter und Dezernenten des Feuerschutz- und Sicherheitsdienstes industrieller Unternehmen) am 6. September 1919 schließlich ihre Arbeit auf.

Kurz nach dem zweiten Weltkrieg fanden bereits die ersten Treffen unter einigen Werkfeuerwehren statt und schon 1947 trafen sich die Dezernenten und Wehrführer der Werkfeuerwehren in Wiesbaden regelmäßig. Vertreter der Dyckerhoff Portland-Zementwerke A. G., der Chemischen Werke Albert, des Gaswerksverbandes Rheingau A. G. und von Kalle kamen zusammen. Dabei erörterten sie gemeinsame Nöte ebenso wie die Möglichkeiten, die lückenhafte Ausrüstung wieder zu vervollständigen.



Der Vorsitzende des Werkfeuerwehrverbandes Hessen Karl-Christian Hahn bei der Entgegennahme eines Präsentes.





*Regel Austausch im Saal „Rotunde“ im Biebricher Schloß zwischen den Gästen nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung.*

gen oder Reparaturen durchzuführen

1958, der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft lief auf vollen Touren mit dem Schwerpunkt der deutschen Industrie im Ruhrgebiet. Mit ihm untrennbar verbunden war auch die Aufstellung von Feuerwehren in den Industriebetrieben, allen voran im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Bereits 1949 wurde im Bundesland NRW die Idee des Zusammenschlusses von Werkfeuerwehren geboren, mit der Gründung des Werkfeuerwehrverbandes NRW.

Dieses Streben trug seine Früchte auch über die Landesgrenzen dieses Bundeslandes hinaus, waren doch die Interessen in den Nachbarländern nicht anders.

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass seit November 1954 schon in Hessen eine Arbeitsgemeinschaft von Werkfeuerwehren in loser Form im Rhein-Main-Gebiet existierte.

»In den Jahren 1955 bis 1957 traten dann über 21 hessische Werkfeuerwehren dem Werkfeuerwehrverband e.V. auf Bundesebene bei«, so Tschöpe in seinen weiteren Ausführungen der Festrede.

Das genaue Gründungsdatum des Werkfeuerwehrverbandes Hessen ist auf Freitag, den 10. Januar 1958 in Wiesbaden, bei der Firma, Dyckerhoff-Portland-Zement AG in Wiesbaden Amöneburg festgehalten.

21 Werkfeuerwehren bildeten damals den Grundstock dieses Verbandes, aber schon im April des gleichen Jahres zählt der Verband 39 Mitgliedsfirmen, respektive Werkfeuerwehren von Hessen.

In den Folgejahren entwickelte sich ein reges Verbandsgeschäft, das alle Bereiche des Feuerwehrwesens insbesondere des betrieblichen Brandschutzes umfasste.

### **Was ist »Betrieblicher Brandschutz« aus heutiger Sicht?**

Alle Aktivitäten, die notwendig sind, um ein Unternehmen vor Bränden zu schützen oder im Falle eines Brandes dessen Auswirkungen zu begrenzen. Ausgedehnt hat sich dieser Begriff aber auch auf die Gefahrenabwehr, auf alle Bereiche der Risikoabwehr, insbesondere den Umweltschutz und den betrieblichen Rettungsdienst. Neben der Fülle der Anforderungen aus dem Bereich des baulichen und des anlagentechnischen Brandschutzes kommt immer mehr auch dem organisatorischen Brandschutz eine wesentliche Bedeutung zu. Das zu wahrende Ziel sei es, für die Unternehmen den ungestörten Betriebsablauf zu erhalten, damit das Produzieren, Lagern und Versenden, das Forschen und Entwickeln ungestört möglich wird.

Heute sind 75 Firmen Mitglied im Verband, die insgesamt 60 Betriebs-

und Werkfeuerwehren die mit etwa 1300 hauptberuflichen und 1000 nebenberuflichen Kräften für die Sicherheit in den Unternehmen tätig sind. Das Verhältnis haupt- zu nebenberuflichen Kräften ist in den letzten 25 Jahren gekippt – immer weniger private Feuerwehren, aber immer mehr professionelles Personal. Neben dem immer sicheren Betrieb technischer Produktionsanlagen und fortschreitender Effektivität von stationären Löschanlagen, ist dies auch eine Folge der gesetzlichen und der versicherungsrechtlichen Abwertung der Betriebsfeuerwehren.

Die heute in Hessen 60 nichtöffentlichen Feuerwehren, haben im vergangenen Jahr über 17.000 Einsätze bewältigt, davon

- circa 5750 Fehlalarme (33 %), und
- 620 Brände = 3,6 % und
- circa 6150 technische Hilfeleistungen aller Art = 36 %

Sowie circa 4800 Rettungsdienst-einsätze = 28 % und einige WF machen darüber hinaus auch noch die Werkschutzaufgaben.

Ein weiteres Musikstück des Posaunenquartetts leitete zu den Grußworten der Gäste über. Der Hessische Minister des Innern und für Sport, Staatsminister Volker Bouffier überbrachte die Grüße des Schirmherren Ministerpräsident Roland Koch. Er würdigte den besonderen Rahmen im Biebricher Schloß als einer der schönsten Stätten, ein solch besonderes Jubiläum zu begehen. Er überbrachte Glückwünsche des Ministeriums sowie aller angesiedelten Bereiche und Mitarbeiter der staatlichen Einrichtungen. Besonders hob Bouffier die gute enge, fachlich qualifizierte Zusammenarbeit zwischen den staatlichen und kommunalen Einrichtungen mit dem WFV Hessen hervor. Er würdigte die besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten im Bereich der Ausbildung der Werkfeuerwehrleute und den dadurch entstandenen Spezialisten und Trendsetter im Bereich der Gefahrenabwehr.

Im Anschluss ergriff der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Hessen, Ralf Ackermann, das Wort. Im besonderen hob er die jahrzehntelange gute partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Landesfeuerwehrverband und den Werkfeuerwehren in Hessen hervor. Sie stellt einen wichtigen Baustein in der Gefahrenabwehr dar sei es im Bezug auf den Brandschutz oder bei den vielen Facetten der technischen Hilfeleistung.

Für den Werkfeuerwehrverband Deutschland vertretend für alle Werkfeuerwehren überbrachte Raimund Bücher in seiner Funktion als Vorsit-

zender des Verbandes die besten Glückwünsche. Er ging auf aktuelle Themen ein welche die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesverband betrieblicher Brandschutz und den Landesverband WFV Hessen vorantreiben. Von der Wirtschaftlichkeit der Leistung, der verschiedenen Produkte bis zur Qualifizierung der Ausbildung über einen Fortbildungsberuf als Werkfeuerwehrtechniker. Um so den demographischen Wandel gepaart mit der Entwicklung der Mitar-

beiter auch in der Altersstruktur die Qualität zu erhalten.

In seinem Schlusswort bedankte sich der Vorsitzende Karl-Christian Hahn bei allen Rednern für die überbrachten Grußadressen sowie für die überaus erfolgreiche Zusammenarbeit in den letzten Jahrzehnten. Das Jubiläum des WFV-Hessen sowie die dargebrachten Grußworte bestätigen die Notwendigkeit eines offenen Miteinanders im Verband als auch mit

den verantwortlichen Behörden auf Landesebene um im Bereich des betrieblichen Brandschutzes allen Herausforderungen entgegenzutreten zu können.

Mit einem weiteren Musikstück endete der offizielle Teil der akademischen Feier.

*Klaus Disser und Jürgen Seitz*

## Entstehungsgeschichte des Werkfeuerwehrverbandes Hessen

In Deutschland sind ungefähr 50.000 Werkfeuerwehrleute haupt- oder nebenberuflich mit Brandschutzaufgaben betraut. Neben Baden-Württemberg und Bayern haben sich vor allem in Hessen schon lange Industriezweige angesiedelt, die fortlaufend gewachsen sind. Die chemische, die Pharma- oder beispielsweise die Metallindustrie haben enorme Gefahrenpotentiale mit sich gebracht. Aufgrund der für Letztere erforderlichen besonderen Sicherheitsvorkehrungen sind wie andersorts Werkfeuerwehren eingerichtet worden. Um deren Interessen zu vertreten, ist 1958 der Werkfeuerwehrverband (WFV) Hessen entstanden.

In seiner Funktion als Fachverband der hessischen Werkfeuerwehren ist der hessische WFV als »Arbeitsgemeinschaft für den betrieblichen Brandschutz« anzusehen. Seit 1976 hat er die Rechtsform eines eingetragenen Vereins und ist als gemeinnützig anerkannt. Von den genannten Werkfeuerwehrleuten sind etwa 1.300 hauptberufliche und 1.000 nebenberufliche Mitarbeiter in Hessen tätig. Werkfeuerwehren sind heute in der hessischen Industrie von A wie Automobilindustrie bis Z wie Zementindustrie zu finden.

Im Jahr 2008 besteht der WFV Hessen 50 Jahre. Bereits um 1880 sind erste Gründungen von Werkfeuerwehren bekannt, die sich viele Jahrzehnte später in Verbänden organisierten. Meist ging die Initiative von den Betrieben zum Schutz des Eigentums und der Produktionskapazitäten aus.

### Qualifikationen der WF

Warum halten Betriebe eine eigene Feuerwehr vor? Einen durch einen Brand oder ein ähnliches Ereignis verursachten Produktionsausfall kann sich kein Unternehmen leisten. Kunden gehen verloren, Arbeitsplätze geraten in Gefahr.

### Aufbau der Gefahrenabwehr

Wo viele Menschen zusammenkommen, um etwas herzustellen, bestehen auch Gefahren. Hier sind Spezialisten gefragt, die über Sach- und Ortskenntnis, besondere Ausrüstung und über eine gezielte Gefahrenabwehrplanung verfügen. Deshalb und ebenso durch entsprechende gesetzliche Auflagen bedingt, ist die Gefahrenabwehr an den Industriestandorten nicht mehr wegzudenken.

Die in Industrieunternehmen durch Schadenfeuer anzutreffenden Brandrisiken weichen von jenen im öffentlichen Bereich auftretenden ab. Hohe Anforderungen an die Sicherheit ergeben sich daraus. Diese stellen Werkfeuerwehren sicher, die gemäß »Hessischem Brandschutz- und Katastrophenschutzgesetz (HBKG)« den Brandschutz in Betrieben und Einrichtungen mit besonderer Brand- und Explosionsgefahr gewährleisten. Gleiches gilt, wenn bei einem Schadenereignis eine große Anzahl von Menschen gefährdet ist.

Die Aufsichtsbehörde ordnet Werkfeuerwehren an, wenn die vorgenannten Voraussetzungen vorliegen. In ihrem Zuständigkeitsbereich führen sie die Gefahrenabwehr eigenverantwortlich gemäß Anerkennungsbescheid durch. Vom zuständigen Regierungspräsidium erstellt, sind mit ihm die Mindestanforderungen an

die Personalstärke und -qualifikation sowie an die technische Ausrüstung festgelegt.

### Personen-, Sachwert- und Umweltschutz

Rund um die Uhr steht qualifiziertes Werkfeuerwehrpersonal im Bereich Abwehrender Brandschutz bereit. Im Ereignisfall sorgt es dafür, dass die Produktion sowie der allgemeine Betrieb der technischen Anlagen und der Infrastruktur schnellstmöglich wieder anlaufen können. Aus diesem Anspruch erwächst das Bedürfnis eines hohen Sachwertschutzes. Letzterer ist heute mehr denn je eng verknüpft mit dem Umweltschutz. Das hohe Maß an allgemeiner Sicherheit in den Unternehmen verlangt entsprechend große Anstrengungen.

### Kompetenzzentrum

Zudem liegt der Wert der Werkfeuerwehren in der außerordentlichen Qualifikation und in den speziellen Kenntnissen des Betriebsgeschehens. Mit der Vorbildung der Werkfeuerwehrangehörigen können die Unternehmen feuerwehnahe Dienstleistungen erbringen, um die Aspekte der vorbeugenden Gefahrenabwehr im eigenen Konzern abzudecken. Beispielhaft genannt sind Mitarbeiterschulungen, vorbeugende Alarm- und Gefahrenabwehrplanung, Wartungsarbeiten an brandschutztechnischen Einrichtungen und vieles mehr.

*Werkfeuerwehrverband Hessen  
Klaus Disser  
Werkfeuerwehr Heraeus  
Jürgen Seitz  
Infraserv GmbH & Co.  
Höchst KG*



# Fünf hessische Gruppen 2009 bei der Feuerwehr-Olympiade

## Nidderau-Eichen, Grünberg-Lehnheim und Steinau-Marjoß wurden in Böblingen Deutscher Meister

Als neuerlichen großartigen Erfolg können vom Landesfeuerwehrverband Hessen die Ergebnisse der Deutschen Meisterschaft verbucht werden. Von den sieben bei dem Internationalen traditionellen Feuerwehrwettbewerb angetretenen hessischen Gruppen erreichten fünf die Teilnahme an der im kommenden

Jahr in Ostrava (Tschechien) anstehenden Feuerwehr-Olympiade. Erfreulich ist dabei, dass bei der Bundesausscheidung vom 23. bis 26. Juli 2008 in Böblingen mit den Gruppen Nidderau-Eichen (Klasse A), Grünberg-Lehnheim (Klasse B – mit Alterspunkten) und Steinau-Marjoß (Frauen Klasse A) gleich drei Deutsche Meister aus Hessen kommen. Neben den drei sich im vergangenen Jahr für Böblingen qualifizierten erfolgreichen hessischen Siegergruppen starteten weitere 76 Mannschaften aus dem gesamten Bundesgebiet.

Diese mussten zunächst alle einen trockenen Löschangriff absolvieren. Als weitere Wettbewerbsdisziplin mussten acht Gruppenmitglieder einen Staffellauf über jeweils 50 Meter bewältigen. Zur Erschwerung gab es für drei Läufer zusätzlich noch jeweils ein Hindernis in Form eines Balkens, einer Wand und eines Rohres zu bewältigen.

Für den vom Deutschen Feuerwehrverband ausgeschriebenen und von der Freiwilligen Feuerwehr Böblingen ausgetragenen Bundesentscheid hatten ebenso im Jahr 2007 bei den hessischen Landesausscheidungen die Gruppen Nidderau-Erbstadt, Bruchköbel-Rossdorf, Hasselroth-Gondsroth, Jesberg-Densberg, Hasselroth-Gondsroth 2 sowie die Frauengruppen Nidderau-Eichen und Hasselroth ihre Teilnahmeberechtigung erlangt.



Die Wettbewerbsgruppe Jesberg-Densberg beim Start



Gruppe Nidderau-Erbstadt in Aktion beim Löschangriff

Platzierungen der hessischen Gruppen beim Bundesentscheid und Deutsche Meisterschaften					
A- Gruppen (ohne Alterspunkte)					
Gruppe	Zeit Löschangriff	Zeit Staffellauf	Fehler gesamt	Punktzahl	Platz
Nidderau-Eichen	36,2	54,9	5	403,9	1
Nidderau-Erbstadt	39,7	57,9		402,4	3
Bruchköbel-Rossdorf	38,2	62,8	5	394,0	9
Hasselroth-Gondsroth 1	39,0	59,3	10	391,7	10
Jesberg-Densberg	46,0	59,6	10	384,4	15
B- Gruppen (mit Alterspunkte)					
Gruppe	Zeit Löschangriff	Zeit Staffellauf	Fehler gesamt	Punktzahl	Platz
Grünberg-Lehnheim	41,3	65,4		414,3	1
Hasselroth-Gondsroth 2	40,9	64,2	5	409,9	5
Frauengruppen (ohne Alterspunkte)					
Gruppe	Zeit Löschangriff	Zeit Staffellauf	Fehler gesamt	Punktzahl	Platz
Steinau-Marjoß	48,1	69,7		382,2	1
Hasselroth	51,4	67,9		380,7	2
Nidderau-Eichen	50,5	69,7	45	334,8	8





Deutscher Meister der Altersgruppen ist Grünberg-Lehnheim



Die Frauen aus Hasselroth überzeugten und fahren 2009 nach Ostrava



Die B-Gruppe aus Hasselroth-Gondsroth bei der Meldung



Qualifiziert für die Feuerwehr-Olympiade ist auch die Gruppe Roßdorf

Dass die hessischen Gruppen leistungsstark sind, bewiesen nicht nur die drei neuen Deutschen Meister. So konnte sich zusätzlich noch die Gruppe Nidderau-Erbstadt mit dem dritten Platz in der Männerklasse A die Fahrkarte für die Olympiade sichern. Unter die zehn besten Gruppen in dieser Klasse kamen Bruchköbel-Rosdorf (9. Platz) und Hasselroth-Gondsroth (10. Platz). Auf dem 15. Platz kam das Team aus Jesberg-Densberg. Leider reichten diese drei Platzierungen nicht ganz für ein Weiterkommen aus, da aus dieser Klasse lediglich nur die ersten sieben Gruppen nach Ostrava fahren dürfen. In der Männerklasse mit Alterspunkten erreichte die zweite hessische Gruppe Hasselroth-Gondsroth 2 am Ende den 5. Platz. Von den B-Gruppen dürfen im kommenden Jahr drei deutsche Gruppen bei der Olympiade an den Start gehen. Die hervorragenden Leistungen der hessischen Wettbewerber zeigte sich auch in der Frauenklasse. Dort landeten in der A-Wertung (ohne Alterspunkte) gleich zwei hessische Teilnehmergruppen auf Platz eins und zwei. Die Feuerwehr-

Der neue Deutsche Meister aus Nidderau-Eichen



frauen aus Steinau-Marjoß lagen am Ende mit 1,5 Punkten vor der Gruppe Hasselroth. Der ebenfalls in dieser Klasse gestarteten Frauengruppe Nidderau-Eichen wurden drei Fehler zum Verhängnis, so dass am Ende von ihr lediglich nur Platz acht erreicht werden konnte.

Die Siegerehrung fand nach Abschluss der mehrtägigen Bewerbe im Stadion »Am Silberweg« statt. Dort er-

hielten die drei aus Hessen kommenden neuen Deutschen Meister aus den Händen des Schirmherren und Innenministers von Baden-Württemberg, Heribert Rech, des Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hans-Peter Kröger und des Bundeswettkampfleiters Hans-Heinrich Ullmann neben Medaillen und Urkunden auch jeweils einen Siegerpokal überreicht.



# Logo für 28. Deutschen Feuerwehrtag in Leipzig vorgestellt

Der pägnante Helm des Deutschen Feuerwehrverbandes, zwölf goldgelbe Sterne auf blauem Hintergrund, die Silhouette von Leipzig und das Messdach – so sieht das Logo zum 28. Deutschen Feuerwehrtag aus, der vom 7. bis 13. Juni 2010 in Leipzig stattfinden wird. »Das Motiv verbindet ausdrucksvoll mehrere wichtige Aspekte, wie auch der Deutsche Feuerwehrtag viele Feuerwehrangehörige verbinden wird«, erklärt DFV-Präsident Hans-Peter Kröger die Idee des starken Logos, nach dem auch das zeitgemäße Tagungsabzeichen gestaltet werden soll.

Die Sterne stehen für Europa, das bei der Veranstaltung eine wichtige Rolle spielen wird. »Wir wollen Feuerwehrangehörige aus Nah und Fern nach Leipzig bringen – hierzu trägt unter anderem die enge Kooperation

mit dem Weltfeuerwehrverband CTIF bei, der während des Feuerwehrtages seine Delegiertenversammlung abhalten wird«, erläutert Kröger. Die Verarbeitung der Wort-Bild-Marke »Deutscher Feuerwehrverband« mit dem DFV-Helm, hier mit einem abgeänderten Schriftzug, zeige das Selbstbewusstsein des DFV als Veranstalter.

Lokalkolorit erhält das Logo zum einen durch das Messdach, die gewagte Glaskonstruktion der Haupthalle der Leipziger Messe, das für die Verbindung zur Weltleitmesse Inter-Schutz beziehungsweise der Messe Leipzig stehe. Zum anderen enthält das Motiv die Stadtsilhouette Leipzigs mit markanten Punkten wie dem Völkerschlachtdenkmal oder dem buchförmigen Medienhochhaus. »Hier zeigt sich zudem die moderne Traditionalität in Anlehnung an Abzeichen



früherer Feuerwehrtage, bei denen jeweils ein besonderer städtebaulicher Aspekt der Stadt, die im Mittelpunkt der Veranstaltung steht, betont wurde«, erinnert der DFV-Präsident. Zudem ist die verwendete Silhouette identisch mit der, die von der Stadt Leipzig bei offiziellen Dokumenten eingesetzt wird – hierdurch kommt es zu einem hohen Wiedererkennungseffekt.

Weitere Informationen zum 28. Deutschen Feuerwehrtag erhalten Interessenten online unter [www.feuerwehrtag.de](http://www.feuerwehrtag.de).

## Termine 2009

8. März 2009	<b>Landesmusikversammlung</b> Frielendorf, Schwalm-Eder-Kreis
25. April 2009	<b>55. Verbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes Hessen</b> Groß-Umstadt, Landkreis Darmstadt-Dieburg
13. – 15. Mai 2009	<b>RETTmobil</b> Fulda
16. – 17. Mai 2009	<b>Delegiertentag der Hessischen Jugendfeuerwehr</b> Kassel, Landkreis Kassel
5. – 14. Juni 2009	<b>49. Hessentag</b> Langenselbold, Main-Kinzig-Kreis
13. September 2009	<b>Hessische Feuerwehrleistungsübung und Jugendfeuerwehrwettbewerbe</b> Breuberg-Sandbach, Landkreis Odenwald
18. September 2009	<b>12. Hessischer Landesbewerb nach CTIF-Richtlinien</b> mit Finale des Deutschlandpokales und Bewerb des Bundesleistungsabzeichen Hasselroth-Gondsroth, Main-Kinzig-Kreis

### Bezirksebene

27. März 2009	Verbandsversammlung des Bezirksfeuerwehrverbandes Hessen-Darmstadt Offenbach (Main)
4. April 2009	Verbandsversammlung des Bezirksfeuerwehrverbandes Kurhessen-Waldeck Wildeck-Hönebach, Landkreis Hersfeld-Rotenburg

## Kein Startverbot für Himmelslaternen bei Abendveranstaltung

Im Rahmen einer Abendveranstaltung unter freiem Himmel dürfen sogenannte Himmelslaternen aufsteigen. Von diesen geht keine hinreichend konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus.

Nichtamtliche Leitsätze. Vergleiche VG Dresden Beschluss vom 22. August 2008, 6 L 841/08

Eine Firma aus Leipzig hatte der Stadt die Absicht angezeigt, zwischen dem 23. und dem 31. August 2008 die aus Papier bestehenden und mit Baumwollkerzen bestückten Flugkörper allabendlich zu verkaufen. Zudem sollten jeweils 35 dieser Himmelsleuchten unter Einhaltung der Sicherheitsvorschriften aufsteigen. Dieses Vorhaben wurde von der Landeshauptstadt unter Hinweis auf Sicherheitsbedenken untersagt.

Das Gericht schließt sich den städtischen Bedenken nicht an. Von dem beabsichtigten Vorhaben geht keine hinreichend konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit aus. Aufgrund der lokalen Umstände sowie der für die nächsten Tage zu erwartenden Wetterlage ist kein sicherer Schluss auf zu erwartenden Schäden möglich. Zudem beabsichtigt die Antragstellerin den bestimmungsgemäßen Gebrauch der Himmelsleuchten, insbesondere den Einsatz nur bei angemessener Windstärke sowie die sichere Befestigung der Kerzen. Das Gericht hält angesichts der von den Beteiligten übereinstimmend geschilderten Häufung der Verwendung von Himmelslichtern in der letzten Zeit und fehlender eindeutig belegbarer Schadensfälle, die von der Stadt getroffene Gefahrenprognose für nicht tragbar.

# digitalfunk. hessen.de online

Der Aufbau des Digitalfunknetzes in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Hessen läuft seit geraumer Zeit an. Das digitale Funknetz wird das bisher genutzte Analognetz bei den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) – also bei Polizei, Feuerwehr, Katastrophenschutz und Rettungsdienst – ablösen.

Koordiniert wird der bundesweite Aufbau des Funknetzes von der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS), die auch mit dem späteren Betrieb beauftragt ist. Der Zeitplan für die Einführung sieht vor, mit dem Probetrieb in Hessen im September 2009 zu beginnen.

Schon jetzt laufen im Rahmen einer hessenweiten Einkaufskooperation die Vorbereitungen für die Beschaffung der Endgeräte – also Fahrzeug- und Handsprechfunkgeräte, Feststationen und Pager.

Unter der griffigen Internetadresse »digitalfunk.hessen.de« ist seit einiger Zeit die einschlägige Homepage des Landes Hessen online.

Neben einem Grußwort der zuständigen Staatssekretärs Horst Westerfeld kann der interessierte User die wesentlichen Basisinformationen bekommen. In den Kapiteln »Netz«, »Endgeräte« und »Leitstellen« sind die wesentlichen Informationen – vor allem im Hinblick auf die Vorgehensweise in Hessen – hinterlegt. Der Auftritt wird schrittweise ausgebaut werden.

In der »Infothek« stehen die newsletter des Projektes zum Herunterladen bereit. Eine fachspezifische Linksammlung ergänzt die Homepage.

**Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

hessen.de | Inhaltsverzeichnis | Impressum | Kontakt | Hilfe

Suchbegriff eingeben | Suche | erweiterte Suche

Startseite | Über Uns | Sicherheit | Sport | Bürger & Staat | Kommunales

**Sicherheit > Projekt Digitalfunk**

**Projekt Digitalfunk BOS Hessen**

**»Projekt Digitalfunk BOS Hessen«**

**Herzlich Willkommen!**

Grußwort des Hessischen Staatssekretärs Horst Westerfeld, Bevollmächtigter für E-Government und Informationstechnologie

[Weiter zum Grußwort](#)

**Modernste Funktechnik für alle Kräfte der Gefahrenabwehr**

In Deutschland befindet sich derzeit eines der größten technischen Projekte im Aufbau. Mit der Errichtung des digitalen Funknetzes für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) wird ein neues Zeitalter in der Kommunikationstechnik anbrechen. Nach der Inbetriebnahme wird es mit rund 500.000 Nutzern das weltweit größte Digitalfunknetz sein.

Federführend für den Aufbau und den späteren Betrieb des Netzes in der Bundesrepublik Deutschland ist die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS). Hintergrund für die Gründung dieser Einrichtung war die Eingung von Bund und Ländern, für den Aufbau des bundesweit einheitlichen Digitalfunknetzes eine zentrale Stelle zu haben, die ihre Interessen bündelt und gegenüber Unternehmen als gemeinsame Auftraggeberin auftritt.

Mit dem Digitalfunk führt Deutschland eine zukunftsorientierte Technik ein, die ein flächendeckendes Netz für alle BOS zur Verfügung stellt. Damit erhalten die Kräfte von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz moderne Technik zur Bewältigung ihrer Aufgaben. So wird eine behörden- und länderübergreifende Kommunikation realisiert, die erhebliche Vorteile bei der Einsatzorganisation und -steuerung bietet. Neben der Sprachkommunikation wird via Digitalfunk auch eine Datenübertragung möglich sein.

**Aufbauorganisation in Hessen**

In Hessen wurde unter Federführung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport (HMIS) eine Projektorganisation eingesetzt. Diese gewährleistet die Zusammenarbeit mit der im Jahr 2007 gegründeten BDBOS. Weiterhin wurde mit der Umsetzung der bundesweit verbindlichen Vorgaben in Hessen begonnen. Dafür sind in unterschiedlichen Projektphasen zahlreiche Aufgaben zu bewältigen, um für die Polizei, die Feuerwehr und alle anderen Hilfsorganisationen ein modernes Funknetz zu realisieren. Dazu zählen beispielsweise die Planungen für den Aufbau des Netzes, die Umsetzung der Leitstellen und die Beschaffung der Endgeräte. Personell besetzt ist das Projekt mit internen Fachleuten und externen Dienstleistern. Begleitet wird die Digitalfunkeinführung durch ein Expertengremium der BOS Hessen, in dem neben Polizeibeamteten auch Fachleute aus den Feuerwehren und anderen Hilfsorganisationen mitarbeiten.

Der Zeitplan für die Einführung sieht derzeit vor, in Hessen Ende 2009 mit dem Probetrieb zu beginnen. Weiterhin soll die landesweite Inbetriebnahme des Netzes bis Ende 2010 abgeschlossen sein. Als Dienststellen sind zunächst die Brandinspektion Frankfurt am Main für Feuerwehr und Rettungsdienst sowie die Polizeidirektion Wiesbaden vorgesehen. Weiterhin ist geplant, dass im Frühjahr 2010 in Kassel ein weiterer Probetrieb unter Beteiligung von Polizei und Feuerwehr aufgenommen wird.

Nach erfolgreichem Abschluss des jeweiligen Probetriebs werden diese und die übrigen Dienststellen schrittweise in definierten Ausstattungsgebieten in den Wirkbetrieb übergeleitet.

**Digitalfunk mit zahlreichen Vorteilen**

Mit der Einführung der digitalen Funktechnik sind zahlreiche Vorteile verbunden, denn es steht erstmals ein flächendeckendes und bundesweites Netz für alle Behörden und Organisationen der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr zur Verfügung. Damit wird eine organisationsübergreifende Kommunikation – selbstverständlich auch über die Grenzen der jeweiligen Bundesländer hinweg – möglich sein. Weiterhin eröffnet die moderne Digitalfunktechnik Verbesserungen und Zusatznutzen. Im Gegensatz zum heutigen analogen Funksystem bieten die digitalen Funkgeräte die Möglichkeit, den Flächen- und Einsatzstellenfunk mit demselben Gerät durchzuführen.

Die Sprachqualität ist aufgrund der digitalen Übertragung erheblich besser als vom Analogfunk her gewohnt. Beispielsweise werden störende Hintergrundgeräusche nahezu vollständig unterdrückt. Die Einsatzkräfte können darüber hinaus aus taktischen Gründen temporär zu sinnvollen Funkgruppen zusammengefasst werden. Auch hier erlaubt der Digitalfunk mehr Varianten als der Analogfunk.

Aus technischer Sicht sind weitere Vorteile anzuführen:

- neben der Sprach- auch die Möglichkeit der Datenübertragung,
- schnelle Rufaufbauzeiten und die Möglichkeit von direkten Einzelverbindungen zwischen den Funkteilnehmern,
- die Kapazität ist höher als bisher, weil Frequenzbänder nur dann belegt werden, wenn man sie tatsächlich nutzt,
- der Digitalfunk ist abhörsicher und lässt sich zusätzlich verschlüsseln.

Daneben erfüllt die moderne BOS-Kommunikation auch wichtige operativ-taktische Anforderungen für die zielgerichtete Bewältigung diverser Einsatzszenarien.

[Druckansicht](#) | [E-Mail versenden](#)

© 2008 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden

## Geschäftsstelle des LFV

### Ansprechpartner, Durchwahl, Kontakte

Der Geschäftsführer und die Mitarbeiter/innen des Landesfeuerwehrverbandes stehen zu den üblichen Geschäftszeiten telefonisch zur Verfügung:

Harald Popp	Geschäftsführer	☎ 05 61/78 89 – 63 08
Birgit Sattler	Sachbearbeiterin	☎ 05 61/78 89 – 68 27
Ralf Oesterheld	Sachbearbeiter	☎ 05 61/78 89 – 67 36
Telefax		05 61/78 89 – 67 35
E-Mail		info@feuerwehr-hessen.de
Internet		feuerwehr-hessen.de
Anschrift		Kölnische Straße 44 - 46 34117 Kassel





Die Hessische Jugendfeuerwehr im Landesfeuerwehrverband Hessen e.V. ist einer der größten Jugendverbände in Hessen. Wir betreuen rund 30.000 Jungen und Mädchen im Alter zwischen 10 und 17 Jahren in über 2000 Jugendfeuerwehren in unserem Bundesland.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt für unsere Geschäftsstelle, angegliedert am Hessischen Jugendfeuerwehrausbildungszentrum in Marburg/Cappel,

## **eine/n Jugendbildungsreferenten/in** in Vollzeit

**Zu Ihrem Aufgabengebiet gehören im Team mit einem weiteren Bildungsreferent**

- Bildungsarbeit der Hessischen Jugendfeuerwehr in Konzeption, Durchführung und Nachbereitung
- Konzeptionelle Gestaltung und Durchführung von Projekten der Jugendarbeit
- Kooperationen mit Kreisjugendfeuerwehren und weiteren Partnern
- Unterstützung und Entlastung der Landesjugendfeuerwehrleitung und von ehrenamtlichen Funktionsträgern
- Organisatorische und verwaltungstechnische Abwicklung der Jugendarbeit

**Wir erwarten:**

- Eine pädagogische Qualifikation oder Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Erwachsenenbildung
- Erfahrungen in der Jugendverbandsarbeit
- Bereitschaft zur Gremienarbeit
- Kenntnisse über Arbeit und Struktur der Jugendfeuerwehren sind erwünscht
- Kenntnisse und Erfahrungen im Projektmanagement
- Konzeptionelle, organisatorische Fähigkeiten
- Bereitschaft zu Eigenverantwortung und Einsatzbereitschaft
- Bereitschaft zur Fortbildung
- Bereitschaft zur Abend- und Wochenendtätigkeit
- Sicherer Umgang mit MS Office und Internet
- Englischkenntnisse in Wort und Schrift
- Führerschein Klasse B

**Wir bieten:**

- vielseitige, interessante Aufgaben
- ein motiviertes Kolleg/innenteam
- Vergütung in Anlehnung an BAT

Weitere Informationen erhalten Sie beim Landesjugendfeuerwehrwart Stefan Cornel unter der Telefonnummer 069 – 76754895 sowie per Mail: [Stefan.Cornel@feuerwehr-hessen.de](mailto:Stefan.Cornel@feuerwehr-hessen.de)

Bitte richten Sie Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen bis zum 31.01.2009 postalisch, mit einem frankierten Rückumschlag an

Hessische Jugendfeuerwehr  
Stv. LJFW Christoph Weltecke  
Wilhelm-Schleicher-Weg 14  
34497 Korbach

# STARKE LEISTUNG BEKOMMT TATKRÄFTIGE UNTERSTÜTZUNG

ZU WENIGE EINSATZKRÄFTE –  
AUCH IN IHRER FEUERWEHR?  
DAS LAND HESSEN UND DER  
LANDESFEUERWEHRVERBAND  
WOLLEN DAS ÄNDERN: IN FRI-  
SHEM OUTFIT WIRBT DIE  
KAMPAGNE UM NEUE MITGLIEDER.

IM MITTELPUNKT DER ERSTEN  
SERIE VON PLAKATEN STEHEN  
NEUE KAMERADINNEN FÜR IHRE  
FEUERWEHR.



[www.feuerwehr.hessen.de](http://www.feuerwehr.hessen.de)



LFVHessen

Allen Feuerwehrkameradinnen und -kameraden,  
die sich auch im abgelaufenen Jahr  
wieder dem Dienst am Nächsten verpflichtet haben,  
wünschen wir ein frohes und geruhames Weihnachtsfest  
sowie  
einen guten Start ins neue Jahr.



LANDESFEUERWEHRVERBAND HESSEN





# STARKE FRAUEN SCHMINKEN SICH AUCH MAL MIT ASCHE

